SDS – KORRESPONDENZ

Nr. 6 Mai 1967

I Dokumente zu einigen Entwicklungen im SDS ("Partei und "Kommune")

II Einige Semesterberichte aus kleineren Gruppen

III Schulung im SDS

IV Die Notstandsverfassung

V SDS und SPD

VI Der Prozeß gegen den SDS

VII Pathologica

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)
6000 Frankfurt am Main, Wilhelm-Hauff-Str. 5, Telefon: 77 64 22

I N H A L T

Seite

Einleitung I

I. Dokumente zu einigen Entwicklungen im SDS ("Partei" und "Kommune") 1

- a) Beschluss des Bundesvorstands des SDS zur Organisationsfrage 1
- b) Beschluss des Bundesvorstands des SDS zur Entwicklung im Berliner SDS 2
- c) Beschluss des SDS München zur "Kommune" 3
- d) Pressemitteilung über einen Ausschluß 5
- e) SDS Nürnberg/Erlangen 8
- f) Ein Flugblatt der ASO 8
- g) Offener Brief des SDS Heidelberg an die ASO 10

II. Einige Semesterberichte aus kleineren Gruppen 11

- a) SDS Bonn 11
- b) SDS Nürnberg/Erlangen 16
- c) SDS Darmstadt 18
- d) SDS Tübingen 20
- e) Etwas aus Frankfurt 24

III. Innerverbandliche Schulung im SDS 28

- a) Kritik am Schulungsprogramm 28
- b) Ein Arbeitskreismodell 36

IV. Die Notstandsverfassung 44

V. SDS und SPD - eine Grußadresse des Bundesvorsitzenden, die nicht gut aufgenommen wurde 47

VI. Der Prozess gegen den SDS 51

VII. Pathologica 52

E I N L E I T U N G

Reimut Reiche und Peter Gäng

I.

Während diese Nummer der Korrespondenz schon im Druck ist, müssen wir ein Dokument (I,d)anhängen und unsere Einleitung auf den neuesten Stand bringen: Der Landesvorstand des SDS Berlin (oder:was im Moment davon noch übrig ist) und der Bundesvorstand (diesmal einstimmig) haben einen Antrag zum Ausschluss der SDS-Mitglieder, die sich an der Flugblattaktion vom 3. 5. beteiligt haben, (Mitglieder der Psychokommune) gestellt; ausserdem hat der Bundesvorstand das Mitglied des Landesvorstandes Berlin Langhans am 4. 5. mit sofortiger Wirkung von allen aktiven und passiven Mitgliederrechten suspendiert.

Diese Flugblattaktion war die jüngste Heldentat der Psycho-Kommune: in fünf, teilweise ungeheuer hübschen und phantasievollen Flugblättern, haben sie direkt und indirekt zum Boykott der eben angelaufenen Urabstimmung gegen Rektorat und für Konvent aufgerufen. Diese Urabstimmung war das jüngste Resultat der Studentenrevolte an der FU: in sit-in's und anderen permanenten Protest-Aktionen hatten tausende von Studenten der Freien Universität gegen folgende vom akademischen Senat angekündigten Maßnahmen protestiert und gekämpft: 1. gegen Relegation der an der "Humphrey-Aktion" beteiligten Studenten, 2. gegen den Entzug der Förderungswürdigkeit des Berliner SDS, 3. gegen die rigorose Kürzung von AStA-Mitteln, 4. gegen das Verbot der Publikation von Seminar-Kritiken (Vorlesungsreszensionen) Als darauf der Akademische Senat die Relegation der "Rädelsführer", unter ihnen die beiden AStA-Vorsitzenden und unsere Genossen Dutschke und Lefévre verlangte, setzte der Konvent eine Urabstimmung an, die dem Konvent und der AStA das Vertrauen der Studentenschaft bringen soll. Das hält die Kommune I für kalten Kaffee, für alte Hüte, für Verdoppelung des Je-schon-Bestehenden.

In ihrem letzten Flugblatt schreiben sie: "..... Aber das den Leuten klarmachen - mit Hochschulpolitik sind wir jedenfalls reingefallen - nicht mal mit Mikrophonwegnehmen oder gar Kommune, oh Schreck. .... Vielleicht sind Flugblätter eben doch das Falsche!" Das ganze unterzeichneten sie mit "SDS". Schrieben noch ein paar lustige Sachen dazwischen, dass Albertz und Doensing (der Polizeipräsident) Homos seien und dass Lieber auf sie eifersüchtig sei, schrieben auch noch allerlei von Vögeln und Scheissern dazu und kamen so in etwa zu der Schlussfolgerung, dass alles Scheisse ist, genau in dem Moment, in dem die Studenten gegen Rektorat und für die politische Linie ihrer Studentenvertretung stimmen sollten. Das widersprach eindeutig der Beschlussfassung des Berliner Landesverbandes vom Januar 1967 (siehe SDS-Korrespondenz Nr. 5); es widersprach vor allem den politischen Forderungen der Studentenmassen, den Forderungen, zu denen sich die Studenten, nach jahre-

langer Anleitung gerade durch den SDS, endlich im Wortsinn erhoben hatten. Durch diese jüngste Entwicklung ist eine Auseinandersetzung, die wir lieber noch um einige Wochen verzögert hätten abgeschlossen.

Sie ist aber nur vorläufig abgeschlossen. Im Beschluss des Bundesvorstandes zur "Kommune" vom 29./30.4. (siehe Dokument I,b) sagten wir: die organisatorische Trennung von der Kommune I kann nur das Werk des Berliner Landesverbandes selbst sein. Der Ausschluss muss das politische Resultat des politischen Klärungsprozesses in Berlin und der politischen Diskussion in den anderen Gruppen sein; darum wollten wir "lieber nicht" ausschliessen; darum wollten wir "noch einige Wochen" warten. Diese Verzögerung wurde uns seit Wochen von vielen Genossen und von einigen Gruppen vorgeworfen. Sie wurde als Schwäche ausgelegt. Wir sind anderer Meinung. Wir sind der Meinung, dass man nicht einen Hydrakopf abschlagen kann und es passiert einem, dass entweder der ganze Berliner SDS endgültig kaputt geht oder das dafür neue Hydraköpfe wachsen. Durch die letzte Aktion hat sich dies Bild entscheidend verändert. "Die fortschrittliche Studentenschaft" droht bereits den SDS in Berlin zu überholen, wie sie die Kommune überholt hat. In dieser aktuellen Situation beginnen eine ganze Reihe traditionell "ausschlussfeindlicher" Genossen einen neuen politischen Organisationsstandpunkt zu beziehen. Sie begreifen, dass sie den SDS nur halten können, indem sie ihn wieder übernehmen, die vorzeitige abgebrochene Politisierungs- und Ausbildungsarbeit der jüngeren Genossen wieder aufnehmen und dies gegen die politische Konzeption der Kommune I tun müssen. Das Ausschlussverfahren ist also eingeleitet, ob die Anträge in Berlin die satzungsmässig erforderliche Zweidrittel-Mehrheit erhalten, ist nicht ganz gewiss. Gewiss ist, dass wir, wenn sich der Landesverband Berlin auf dieser Vollversammlung zu diesem Ausschluss noch immer nicht entschliessen kann, das Schiedsgericht anrufen werden. Das wird sich entscheiden solange diese Nummer gelumbackt wird. Und warum würden (oder werden) wir zu der "autoritären" Entscheidungsinstanz Schiedsgericht greifen, wenn der Berliner Landesverband nicht ausschlusswillig wäre? Weil der SDS Berlin im Augenblick nicht von Zweidrittel seiner Mitglieder gerettet werden wird, sondern von einer Handvoll Genossen, die ungeheuer viel Arbeit und Mühe in ihn investieren werden, die aber diese politische Arbeit investieren in eine bereits eingeschlagene und erfolgreiche politische Strategie, die wir für die Freie Universität und für die Gruppen des SDS insgesamt für unerlässlich und durchführbar halten.

II.

In den letzten Jahren ist im SDS viel von Ausschluss geredet und nie ausgeschlossen worden. Es herrscht in unserer Organisation insgesamt eine formal antiautoritäre, aber inhaltlich unpolitische autoritäre Tendenz; die Genossen meinen: ausschliessen ist autori-

tär, gegen Ausschluss sein ist unautoritär. Dabei sind diese Genossen autoritär genug, zu glauben, der Bundesvorstand könne so einfach ausschliessen, wer und was ihm nicht passe. Sie sind unpolitisch genug, ihre Satzung nicht zu studieren und ihr nicht zu entnehmen, dass jeder Ausschlussantrag, bevor ihm stattgegeben werden kann, die Mitliederversammlung derjenigen Gruppen passieren muss, deren Mitglied ausgeschlossen werden soll. Diese Tendenz der formalen Überschätzung des Bundesvorstandes und der politischen Unterschätzung der eigenen Gruppe ist leider ein Zeichen einer unpolitischen Gruppenstruktur. Der Berliner Landesverband des SDS hat zu diesem Punkt einen sehr politischen und sehr gesalzenen Brief an Ew. Magnifizenz Lieber, den Rektor der Freien Universität geschrieben, in dem er sich gegen das Ansinnen des Rektors verwahrt, die an der Aktion gegen Humphrey beteiligten SDS-Mitglieder auszuschliessen. In diesem Brief heisst es: Wir stellen fest, dass der von Ihnen genannte Beschluss (- in dem sich der SDS Berlin von der Humphrey-Aktion "distanzierte" -) nicht im Hinblick auf die Hausordnung Ew. Magnifizenz gefasst wurde. Bei seiner Abfassung war der Mitgliederversammlung klar, dass "verbandsschädigendes Verhalten" sich allein von der innerverbandlichen demokratischen Diskussion her bestimmen lässt, nicht aber von der Reaktion einer zensierten Öffentlichkeit. Aus diesem Grund ist der Vorstand des SDS nicht das Sondergericht anderer politischer oder akademischer Instanzen, wenn diesen eine formalrechtliche Handhabe fehlt oder die ganze Richtung nicht passt. ..." Dem haben wir nichts hinzuzufügen; außer, dass dieser Brief heute für den SDS selbst Geltung hat: Die innerverbandliche Diskussion ist von der Psycho-Kommune völlig abgeschnitten worden, im Wortsinn. Ihr Verhalten ist intern und extern verbandsschädigend.

Es tut uns leid, dass der Landesverband Berlin und wir selbst den Gruppen keine ausreichende Gelegenheit mehr geben konnten, diese Frage vor dieser Entscheidung zu Ende zu diskutieren. Es ist die Aufgabe der politisch bewusstesten Individuen im SDS und der politisch bewusstesten Gruppen, diesen Schritt jetzt politisch zu vollziehen. Aus diesem Grund haben wir diese Nummer angefertigt, aus diesem Grund haben Reiche und Gäng für die nächste Nummer der neuen kritik (41) einen politischen Artikel verfasst, hat Lefèvre in derselben Nummer das hochschulpolitische Konzept des SDS noch einmal am Beispiel der Auseinandersetzungen an der FU zusammengefasst.

III.

Exkurs über die "Kommune"

In den Jahren 1962/1963 bildete sich zunächst in München dann in Berlin eine Gruppe heraus, die sich "subversive Aktion" nannte. (in München zurückgehend auf andere existentialistisch-anarchistische Gruppierungen). Diese Gruppe (es handelte sich nicht um

eine feste Organisation) trat an mit dem Ziel, aus den theoretischen Einsichten Marcuses und der Frankfurter Schule praktische Konsequenzen zu ziehen. Sie versuchte Organisation und Praxis in einem zu lösen, Resultat war die "Kohorte". "Um die Entwicklung des ganzen voranzutreiben, muss es die Aufgabe einer Elite sein, allen Möglichkeiten des Menschlichen Raum zu schaffen. Eliten dieser Intention ... bezeichnen wir als Kohorten ... Wir dachten dabei weniger an die Kohorte als eine militärische Formation, sondern eher an eine Schar, die imstande ist, Impulse zu geben und dann freilich andere Kohorten auszuheben." - heißt es dazu in einer der ersten Theoretischen Erklärungen" dieser Gruppierung. ("Unverbindliche Richtlinien" Nr. 1) Ihr Programm forderte eine Gemeinschaft von Individuen, die in der Lage wäre, an und in sich selber "allen Möglichkeiten des Menschlichen Raum zu schaffen", als Gemeinschaft, die in sich die Möglichkeiten der Freiheit realisierte, bevor sie "an die Rampe" trat, um "das Blaue vom Himmel herunter zu versprechen." In München begann sie zwar mit ihren Versprechungen - ein Adressat war der Münchner SDS. Mit dem "wir werden es halten!" haperte es freilich, ausser in dem einen Punkt: daß sie den SDS handlungsfähig machten. Die Adressaten fühlten sich nicht verlockt, die "schönen Pläne mit ihrer grauen Wirklichkeit zu vergleichen", die "Kohorte" zerbrach an ihren eigenen Schwierigkeiten, einige ihrer Mitglieder fielen zurück in ihre private Existenz; andere "emigrierten" nach Berlin.

Ohne auf die Einzelheiten einzugehen: in Berlin gelang es Rest-Mitgliedern der "Kohorte" eine neue Gruppierung zusammenzufügen, die bald unter dem irreführenden Namen "Kommune" bekannt wurde. (Trotzdem behalten wir im folgenden diese Bezeichnung bei; und zwar als Kommune I(. Diese Kommune I trat an mit denselben Ansprüchen: sie warf dem SDS (aus dem sie personell zum grössten Teile sich rekrutierte) vor, er betreibe ineffektive Praxis ohne überhaupt diese Praxis noch zu reflektieren und ohne (dies war der Hauptvorwurf an jeden Genossen) die politische Praxis mit der eigenen Existenz, mit der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse zu vermitteln. Diese Kritik ist dann und nur dann berechtigt, wenn man die Kohortentheorie akzeptiert, denn dann ist ja gerade und nur die Verwirklichung der eigenen Bedürfnisse politische Praxis, insofern als diese Verwirklichung notwendig die bestehende repressive Gesellschaft transpendiert.

Die Kritik an der Konzeption der Kommune I muss ansetzen an ihrer Konzeption. Man kann diese ohne Schwierigkeiten formal unterteilen in An alyse des Spätkapitalismus, daraus gefolgerte Strategie der Avantgarde, praktischeDurchführung.

Die Analyse geht aus von den Phänomenen, die wir an anderer Stelle als "Überindividualisierung" beschrieben haben, und die heute in unserer Gesellschaft empirisch konstatierbare Tatbestände darstellen (siehe nk Nr. 41)

Die Anpassung an die Gesellschaft (insbesondere an ihre verselbständigte Ökonomie) erfolgt immer mehr unter Ausschaltung der

traditionellen Kernfamilie durch Massenmedia, direktes conditionated Training etc. Resultat ist eine Angepaßtheit, die nicht mehr der kategorialen kommunikativen Korrektur fähig ist, die freilich auch dem Individuum nicht mehr erlaubt, sich durch Aufrechterhaltung eines geringen Freiheitsspielraumes mit dieser Anpassung zu arrangieren. Daraus ergibt sich ein alternativlos als Unbehagen realisiertes Gefühl der "Vereinsamung" des Einzelnen, das sich immer mehr in zunächst ungerichteter Aggressivität manifestiert, die beliebig oder fast beliebig richtbar ist, etwa gegen einen äusseren Feind oder auch gegen die abstrakte Gesellschaft selbst. Diese Aggressivität richtig zu artikulieren hat sich die Kommune I als praktisches Ziel gesetzt. Ihre Methode ist dabei (hier warten wir gerne auf Kritik und auf den Beweis, zunächst bei sich selbst zu versuchen, die Anpassung soweit aufzuheben, dass es ihren Mitgliedern gelingen kann, erst einmal die eigenen Bedürfnisse unberührt von der manipulativen Verfälschung zu artikulieren, um damit auch die Bedürfnisse aller wieder in den Bereich des Formulierbaren zu bringen. Wie sich diese Konzeption praktisch realisiert, läßt sich in Berlin verfolgen: die Formulierung der eigenen Bedürfnisse ist bislang im Ansatz stecken geblieben; für die Aufdeckung der Manipulation ist der Kommune nichts mehr eingefallen, als den Provos in Amsterdam: die Leitbilder unserer Gesellschaft beispielsweise durch Pudding lächerlich zu machen. Um die praktische Seite noch einmal zusammenzufassen: erst gruppeninterne Aufweichung der Manipulation dann gruppenexterne Aufdeckung der Manipulation. Selbst die Puddingaktion gegen Humphrey aber hatte einen makabren Aspekt: Zwar ging es einigen Mitgliedern der Kommune I tatsächlich darum, das Leitbild "Humphrey" lächerlich zu machen, für andere war aber das Hauptmotiv, die immer bewusster gewordene Angst vor Gesellschaft in dieser Aktion zu überwinden - eine Mutprobe also. Und dies ist es, was uns an dieser Aktion als besonders bedenklich erscheint: wir meinen, dass dieAngst vor Repression in unserer Gesellschaft eine ausserordentlich berechtigte ist, die es zwar in politischen Aktionen zu überwinden gilt, die aber nicht generell durch die Überwindung des "inneren Schweinehundes" (so benennt man bei schlagenden Verbindungen denselben Tatbestand) aufgehoben werden kann. Wesentlich klarer als nach der verunglückten Humphreyaktion hat dies etwa Langhans (jetzt Mitglied der Kommune I) in seinem Bericht über die Berliner Ereignisse (vgl. Korr. 5 und nk 40) noch gesehen. Er hatte damals richtig erkannt, dass es gerade darum gehen muss, in Aktionen sich so zu bewegen, dass die Angst gegenstandslos wird, weil auf Grund der Aktionsform die negative Sanktion unmöglich wird, nicht aber dadurch, dass man sich die Begründetheit der Angst dadurch selbst demonstriert, dass man sich direkt in die negative Sanktion hineinstürzt.

An der Theorie der Kohorte ist allerlei bedenklich. Nicht nur, dass die praktische Erfahrung bislang nur zu zeigen vermochte, dass sich in der Kohorte "Kommune I" die persönlichen Schwierigkeiten nur noch verschärften, dass die autoritäre Struktur der Gesellschaft

in der Kommune I in einem Maße reproduziert wurde, dass man eher an die Wiederherstellung einer patriarchalischen Familie denn die Aufhebung von Unterdrückung denken möchte, sondern auch, dass bislang als einzige Praxis "das beispielhafte Kommuneprojekt" definiert werden konnte. Das riecht zu sehr nach Sozialismus in einem Hause, der sich per Beispiel auf andere Häuser übertragen soll, als dass man es unwidersprochen hinnehmen dürfte - insbesondere als sich auch das Beispiel so recht noch nicht hergestellt hat.

Inzwischen ist in Berlin eine zweite Kommune entstanden, die während der letzten Zeit als Vorstand des Berliner SDS fungierte und die sich wenigstens in ihrer Konzeption in einigen relevanten Punkten von der Kommune I unterscheidet. Zunächst, und das erscheint uns als das wichtigste, versteht sich nicht als Praxis per se sondern als funktionale Einheit, die Praxis ermöglichen soll. Sie hat also aus der Tatsache, dass wir noch keine generelle Strategie formulieren können, nicht den falschen Schluss gezogen, sie sei die Strategie selbst. Daraus ergeben sich gewisse unmittelbare Implikationen, die die Wahrscheinlichkeit des inneren Zusammenbruchs gegenüber der Kommune I erheblich vermindern. So hat die Kommune II etwa erkannt, dass nicht alle individuellen Schwierigkeiten (besonders Sexualität und Angst) ad hoc in der Gruppe gelöst werden können; sie vermeidet deshalb konsequent die Bearbeitung noch unbearbeitbarer Probleme. Daß dieAufhebung des reinen Freizeitsozialismus eine der Rahmenbedingungen für eine grössere politische Effizienz ist, hat die Kommune II wie die Kommune I erkannt. Freilich hat sie in ihrem Funktionalitätsverständnis daraus nicht abgeleitet (wie teilweise die Kommune I), es gehe nun darum, die Genossen etwa durch gefährliche Aktionen, etwa durch Destruktion ihrer bisherigen Arbeit etwa durch (bislang mageres) Beispielgeben zu radikalem Engagement zu bewegen, sondern durch eine Konzeption, die ihrer Form nach zwar traditionell anmutet, die ihrem Effekt nach aber qualitativ Neues schaffen könnte: durch möglichst viele möglichst kleine (und damit möglichst unautoritäre) Arbeitskreise sollen die Genossen aus ihrer traditionellen Konsumentenhaltung im Verband herauskommen, sie sollen durch aktive Arbeit in den Arbeitskreisen (nicht durch rotierendes Referatsystem sondern durch permanente Diskussion) ihre eigene politische Haltung als verbindliche rezipieren. Als Mittel, nicht nur um die eigene Angst vor einem verunglückten Diskussionsbeitrag zu verlieren, sondern auch um die heute sich psychisch vermittelnden Herrschaftsstrukturen transparenter zu machen, soll es integraler Bestandteil der Arbeitskreise sein, ständig die Situation der einzelnen Arbeitskreisteilnehmer mit ihren Wünschen und Bedürfnissen mit zu reflektieren. Dass angestrebt ist, auf diese Weise eventuell die Keime für weitere Kommunen zu legen, scheint uns alles andere als ein Mangel: Kommune als funktionale Einheit, die sowohl die politische Effizienz vergrössert als auch die psychische Existenz ihrer Mitglieder oder direkte Anpassung zu erleichtern hilft. wäre ein grosser Fortschritt. Die Berliner Kommune II ist ein Ansatz mit fürchter-

lichen Geburtswehen; ein Ansatz, der so alt ist wie der Sozialismus.

Dass auch die Kommune II die Tendenz hat, zu einer psychoanalytischen Laienspielgruppe zu werden, ist eine Gefahr, die man vor Augenhaben muss, eine Gefahr, die nur in dem Maße überwunden werden kann, in dem externe politische Praxis in die interne psychische Konsolidierung hineingenommen wird. Um es noch einmal zusammenzufassen: Solange die "Kommune" als politische Praxis per se oder als jeder politischen Praxis vorgelagert verstanden wird, solange sie nicht als prozessuale und in ihrem utopischen Anspruch nicht unmittelbar verwirklichbares Resultat interner und externer Praxis verstanden wird, solange birgt sie nicht neue Möglichkeiten politischer Praxis, sondern ist die Destruktion jeglicher Möglichkeit zu politischer Praxis.

IV. Entgegen unserer Presseerklärung anläßlich der Großen Koalition im Dezember 1966 ist es den Sozialisten in der BRD bis jetzt nicht gelungen, auf diese Entwicklung "mit der Formierung einer sozialen und demokratischen Gegenkrat zu antworten." Wir hatten selbst ein klein wenig geglaubt, was wir erklärt hatten: Dass zwar in der Großen Koalition die Tendenz der BRD hin zu einer autoritären Leistungsgesellschaft aktueller und damit auch gefährlicher wird, daß aber dadurch gleichzeitig die Widersprüche des Systems verschärft und sichtbar würden und sich dadurch die politischen Möglichkeiten für die sozialistische Opposition erweiterten und die organisatorische Realisierung ihrer Aufgaben sich erleichtere.

Die politische Verwirrung und die organisatorische Desparatheit der Sozialisten ist heute, ein halbes Jahr nach der Großen Koalition, größer denn je. Eine Reihe von Maßnahmen und Entwicklungen in der BRD drohen sogar, den bereits erreichten Stand der sozialistischen und konsequent demokratischen Opposition zu schwächen. Zum Beispiel in der Notstandsopposition: Es wird jetzt, in der Phase der Verabschiedung der Notstandsgesetze und danach entschieden darauf ankommen, den bewusstesten Kräften in den lokalen Ausschüssen und Kuratorien ein politisches Bewußtsein von ihrer Niederlage zu vermitteln. Nach der Verabschiedung der Gesetze hat diese Ein-Punkt-Bewegung ihre "Aufgabe" definitionsgemäß verloren; es dürfte nicht so einfach möglich sein, selbst in sich schwächliche und uneinheitliche Notstandsopposition durch eine andere strukturell ähnliche Bewegung zu substituieren.

Eine Reihe von Sozialisten, unter ihnen vornehmlich ältere Genossen aus dem SDS, gaben während dieser Zeit zwei politisch unterschiedliche und in ihren organisatorischen Konsequenzen teilweise konträre Antworten:

1) Etablierung eines "Republikanischen Clubs" als Basis und Hebel zur Organisierung und Politisierung der Oppositionellen auf lokaler Ebene. Dieses Modell ist für Westberlin bereits verwirklicht worden. Es ist das Resultat von politischen Diskussionen und der Kal-

kulation der organisatorischen Möglichkeiten als Antwort auf die Große Koalition. Das signifikante an diesem Modell ist, dass es um den notwendig sektiererischen Implikationen jedes traditionell sozialistischen Oranisationsansatzes zu entgehen, mindestens in seinen Manifestationen nach aussen die politsche Aussage zunächst zurückhält und anscheinend im Vertrauen auf die oppositionellen Predispositionen der festen und anzuwerbenden Club-Mitlieder apolitisch nur mehr wie "gute Gesellschaft" auftritt. Zu einem Zeitpunkt, da in dies Unternehmen zigtausend Mark investiert wurden und seit Monaten ein Diskussionszusammenhang des internen Kerns besteht, findet dieser Club noch immer nicht zu einem sich sichtbar manifestierenden politischen Ausdruck. Seine Gründungsversammlung fand statt in einer Atmosphäre des Wienerwald für Intellektuelle. Es besteht die Gefahr, dass selbst bei der Gründung der XY-Filiale einer solchen "Klubgesellschaft" das politische Engagement und die richtunggebende politische Arbeit hintangestellt wird um das Unternehmen der Sammlung der unorganisierten oppositionellen Intelligenz und ihrer Vorhöfe nicht zu gefährden. Dieser Gefahr kann nur begegnet werden, indem der organisatorische Aufbau und die personellen Erweiterungen selbst immer Resultat der politischen Tätigkeit sind und in den Erfolgen und aktuellen Mißerfolgen dieser Tätigkeit ihre Korrektur erhalten.

2) Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Opposition" (ASO). Diese Form ist von einer Reihe von älteren Genossen aus dem Marburger SDS und dem SB gewählt worden, auf der Linie des politischen Beschlusses des SB vom Dezember 1966 und in der Einsicht, dass der SB als Organisation zu schwach ist, oppositionelle Elemente zusammenzufassen, ihnen zu einem politischen Ausdruck zu verhelfen und eine sozialistische Gegenkraft in der BRD aufzubauen. Die ASO hat ihre Arbeit in Nordhessen begonnen, sich aber grundsätzlich als Modell zur Ausdehnung auf die gesamte BRD. Sie hat bisher fast nur 1) bereits organisierte Individuen (SB, SDS, VUS) und 2) oppsitionelle Intellektuelle (akademischer Mittelbau, Gymnasial-Lehrer) sammeln können. Es ist ihr nicht gelungen, einen sichtbaren Kern aus der in der SPD organisierten aber mit der SPD unzufriedenen Elementen auszubrechen. Das hätte sie ihrem Anspruch nach tun müssen, die ASO geht insgesamt in ihren politischen Inhalten und Parolen traditionell sozialistisch-parlamentarisch vor, ihre organisatorischen Vorstellungen sind fixiert auf Parteiorganisation. Ihre "Ortsgruppen" betrachtet sie als Parteivorbereitende Gruppen. In den Köpfen ihrer Erfinder (Deppe, Dähne u.a.) besteht die Vorstellung, mit ca. 20 Ortsgruppen in den Städten der BRD à 50 Mitglieder (arbeitende Mitglieder) liesse sich eine sozialistische Partei ausrufen.

Der BV des SDS stimmt dem politischen Programm der ASO, wie es sich bisher manifestiert hat (Flugblatt auf dem Ostermarsch) nur bedingt zu, ihre organisatorischen Vorstellungen lehnt er ab. Sie müssen als Abenteurertum qualifiziert werden. Die politisch-organisatorischen Vorstellungen der ASO tragen dem Standard und den Möglichkeiten der konsequenten Opposition in der BRD nicht Rechnung,

weder den Kräften im und den Aufgaben des SDS, noch der sozialistischen Kraft und den politischen Möglichkeiten in den Einzelgewerkschaften, in der Notstandsopposition, in der Kampagne für Abrüstung, noch auch der Rolle, die des SB, die VUS und andere Zirkel bei dieser Vereinheitlichung der sozialistischen und der Richtunggebung der radikaldemokratischen und gewerkschaftlichen Oppostion spielen können.

Die blinde Verve mit der die ASO angetreten ist, offenbart sich bereits heute als eine Flucht nach vorn, als eine Flucht vor den konkreten Möglichkeiten der Sozialisten.

Wir sehen in diesem traditionalistischen Unternehmen Züge einer psychologisch analogen, wenn auch organisatorisch konträren Reaktion auf die desolate Lage der Sozialisten, wie in den unpolitischen existentiell-anarchistischen Aktionen einiger Individuen aus und dem Umkreis des Berliner SDS.("Horror-Kommune"). Es ist kein Zufall, dass das Unternehmen ASO von teilweise denselben Genossen begonnen wurde, die eben das Schulungsprogramm der 21. DK des SDS hingeworfen hatten, weil es mit der sperrigen Wirklichkeit des SDS nicht in Einklang zu bringen war. Der BV rügt auf das schärfste, dass diese Genossen, im blinden Eifer ihres neuen Unternehmens, nicht mehr die Zeit fanden, Minimalforderungen der Erfüllung der für die Schulung im SDS ihre Verpflichtung einzulösen: nämlich eine kommentierte Bibliografie zu ihrem Programmentwurf zu erstellen, die den jüngeren und nicht soziologisch und ökonomisch ausgebildeten Genossen aus unserer Organisation die Möglichkeit gäbe, sich selbst und in Arbeitsgruppen und Teamarbeit zu schulen.

Dokumente zu "Partei" und "Kommune"

a) Beschluss des BV des SDS vom 29.30. April 67

Zu den gegenwärtigen Diskussionen der Bundesrepublikanischen Linken und zu den Organisationsversuchen nach der grossen Koalition stellt der BV des SDS fest:

Es ist nicht möglich, auf die politischen Entwicklungen in der BRD allein mit der Verstärkung der Arbeit in den radikaldemokratischen Single-purpose-movements zu antworten. Nur Diskussionen und organisatorische Schritte, die über diese Bewegungen hinausgehen, können die politischen Existenzbedingungen dieser Bewegungen so reflektieren, dass die Gefahr der Wirkungslosigkeit verringert wird, insbesondere die Gefahr, aus den Niederlagen nicht lernen zu können.
Falsch wäre es auch zu glauben, dass lokale unpolitische Sammlungen und Clubgründungen mehr sein könnten als eine vielleicht nutzbare Voraussetzung politischer Bewegung.
Ebensowenig kann das Konzept traditionalistischer Parteivorbereitung eine Lösung sein, da a) schon die an eine Partei herangetragenen Rollenzwänge die politische und arbeitsökonomische Kapazität ihrer Mitglieder weit überfordern würde; b) sich die gegenwärtigen politischen Aufgaben ausserhalb des Definitionsbereiches "Partei" stellen; und c) der theoretisch ausmachbare Zusammenhang zwischen den verschiedenen partikulären linken Bewegungen nicht durch das Ausrufen einer sozialistischen Partei praktisch gemacht werden kann. Besonders ist die Irrmeinung zu verurteilen, auf der Grundlage der Zusammenfassung der Reste der Arbeiterbewegung lasse sich eine neue Sozialistische Partei konstituieren.

Wir meinen, der einzig gangbare Weg ist, dass sich die Sozialisten auf ihre Aufgaben innerhalb der objektiv vorhandenen antikapitalistischen Bewegung besinnen, dass sie die Notwendigkeit erkennen,

a) eine allgemeine Analyse der Bedingungen und Möglichkeiten einer antikapitalistischen Politik zu leisten;
b) eine umfassende Diskussion der Voraussetzungen aktueller Kämpfe einschliesslich einer Reflexion ihrer Niederlagen zu erreichen;
c) dadurch die organisatorischen und subjektiven Voraussetzungen für ihre koordinierende, vorantreibende und richtungweisende Arbeit innerhalb der verschiedenen Zweige der antikapitalistischen Bewegung zu schaffen.

Dazu bedarf es einer Organisation, die freilich nicht proklamiert werden kann, sondern die prozessuales Resultat der Lösung dieser Aufgaben und der Diskussion der Sozialisten sein muss. Ihr Ziel bestimmt sich ebenso in der Zusammenfassung bestehender lebendiger sozialistischer Kräfte wie in der Einbeziehung und Ausbildung junger antikapitalistischer Kräfte.

Um diese Diskussion zu erreichen, halten wir eine interne informelle Arbeitstagung von Sozialisten für erforderlich. Diese Tagung kann weder als Initiativausschuss für eine Partei verstanden wer-

den, noch darf sie mit der Hypothek der bestehenden sozialistischen Gruppierungen und ihrer Differenzen belastet sein. Sie muss ausgehen von einzelnen Personen der sozialistischen Linken und sie muss die bewusstesten und konsequentesten Elemente der aktuellen Oppositionsbewegung einbeziehen. Der 1. Bundesvorsitzende wird beauftragt, an der Initiierung einer derartigen Tagung mitzuwirken.

(einstimmig)

b) Beschluß des BV des SDS vom 29./30. April 1967

Zur gegenwärtigen Lage des Berliner Landesverbandes stellt der BV des SDS fest:

Zwar kann man die Produkte der sogenannten Psychokommune nicht als Ursache für die gegenwärtigen Auflösungserscheinungen des Berliner SDS betrachten, sie sind aber doch als deren Motor zu bezeichnen. Die politischen Artikulationen dieser Gruppe, die in der Öffentlichkeit (auf dem Sit-in an der FU, in der Presse, Funk und Fernsehen)vorgetragenen politischen Stellungnahmen, besonders die zum Vietnamkrieg und zu seiner Bedeutung für die Opposition in den spätkapitalistischen Ländern und zur Hochschulpolitik in der BRD, sind der politischen Praxis des SDS und seinen politischen Beschlußfassungen konträr. Sie drohen aktuell, besonders durch ihre Publikationseignung, den SDS in der Öffentlichkeit zu definieren und dadurch die Arbeit aller Gruppen des SDS schwer zu schädigen. Politisch sind diese Artikulationen, besonders die zum Krieg der Amerikaner in Vietnam, konterrevolutionär.
Die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen an der FU weiterzutreiben ist gegenwärtig die wichtigste Aufgabe des LV Berlin im SDS, deren erfolgreiche Erfüllung für den SDS insgesamt von zentraler Bedeutung ist.
Deswegen betrachtet der BV des SDS die von der Psycho-Kommune wesentlich mitverursachte Lähmung des Berliner LV hinsichtlich der Hochschulpolitik als den Ausgangspunkt, von dem her aktuell in Berlin die weiteren Schritte hinsichtlich der Psycho-Kommune bestimmt werden müssen.
Es ist nicht zu verkennen, dass die "Provo"-Aktionen der Mitglieder der Psycho-Kommune eine radikalisierende Wirkung auf die Studentenschaft ausüben, indem die pathologischen Reaktionen von Berliner Verwaltung, Berliner Presse und Universität geeignete Anlässe für das mit Aktionen verbundene politische Lernen der Studentenschaft darstellen. Dies bedeutet aber zugleich, dass die diesen Lernprozeß vorantreibende Kraft in der Studentenschaft, der SDS, von dem unnötigen und den Politisierungsprozeß gefährdenden Zwang, sich mit diesen Aktionen zu identifizieren, bzw. sich davon zu distanzieren, befreit werden muss. Der Berliner LV

muß deshalb den inneren Neukonsolidierungsprozeß anstreben, in dessen Vollzug die Abtrennung der Psycho-Kommune einen wichtigen, vorantreibenden Schritt darstellen wird.
Der BV hofft deswegen, daß der LV Berlin des SDS in dem gegenwärtigen Kampf an der FU den existenzialistischen Voluntarismus und den politischen Zynismus der Psycho-Kommune nicht nur theoretisch überwindet, sondern zugleich in diesem Kampf seine eigene Reorganisation soweit voranzutreiben vermag, daß er auch zu praktischen Konsequenzen, zum Ausschluß der Mitglieder der Psycho-Kommune, stark sein wird.

(bei einer Gegenstimme)

c) SDS München zur Kommune

Sozialistischer Deutscher Studentenbund - Gruppe München

An die SDS-Gruppen und den Bundesvorstand 24.4.67

Liebe Genossen,
die jüngsten Entwicklungen in West-Berlin veranlassen uns Stellung zu nehmen zu einem den gesamten Bundesverband des SDS angehenden Problem, das, wie sich gezeigt hat, durch die fragmentarische Diskussion in der Mitglieder-Korrespondenz Nr. 2 keineswegs erschöpfend behandelt worden ist.
Wir bitten alle Genossen und den BV, ihre Meinung zu äußern, zu einer Politik, die a) falsch und b) für den SDS gefährlich ist.

a) falsch ist nicht diese oder jene Form der Aktion; falsch ist eine Politik, die an sich positive bzw. wertneutrale (darunter neuartige, oft witzige und manchmal öffentlichkeitswirksame Formen des Protests) nicht in den Dienst der Aufklärung, Mobilisierung und Organisierung politischen Widerstandes stellt, sondern in den Dienst der Selbstdarstellung, "Selbstbefreiung" und elitären Abkapselung einzelner Individuen.

Die individualistischen Proteste gegen die Repression an sich und überhaupt, der kleinbürgerliche Anarchismus ist ein ständiges Produkt der bürgerlichen Gesellschaft. Gerade der SDS als eine Intellektuellenorganisation, deren Mitglieder erst im SDS (vielleicht) eine marxistische Schulung erhalten, kann in keiner Gruppe von diesen Erscheinungen völlig frei sein. Gerade für jüngere Genossen, die oft von der unmittelbaren Auflehnung gegen die Autorität von Elternhaus, Schule und Universität bestimmt sind, hat die einmalige spektakuläre Aktion oft mehr Attraktivität als systematische Kleinarbeit, verspricht das spontane Sichluft-

machen mehr Lustgewinn und Erfolgserlebnis als die politische Arbeit, die Disziplin und Organisation voraussetzt. Hieraus ergibt die dringende Notwendigkeit systematischer Schulungsarbeit, die Einsichten in die Gesamtgesellschaft und rationale überindividuelle Kriterien der politischen Praxis liefern kann.
Ebenso dringend ist eine Breite Diskussion im Verband, zu der wir besonders diejenigen Berliner Genossen aufrufen, die jahrelang eine ausgezeichnete Hochschularbeit geleistet haben und nun von einer Minderheit desavouriert werden, die sich von der Studentenschaft durch scheinradikales Gebaren (z.B. Mao-Abzeichen als rote Provokationsbohne in der FU) isoliert und den Namen des SDS für fragwürdige Stoßtruppunternehmungen (Mikrophoneroberungen) mißbraucht. Auch eine Idiotie, wie die Ulbrichtkopfverbrennung in der "Frontstadt" sollte politischere Reaktionen im SDS auslösen, als die neckischen Plaudereien von Langhans in der SDS-Korrespondenz Nr. 5.

Keinesweg darf man dabei die Rolle übersehen, die antikommunistische Tendenzen im SDS immer noch spielen. Diese Konvergenz mit den West-Berliner Ultralinken ist so wenig zufällig, wie die zwischen seminar-sozialistischer Adorniten-Resignation und den Klassenkampf verneinendem Provotum. Setzen wir uns mit diesen effektiv bürgerlichen Tendenzen in einer breiten Diskussion im Verband, in den einzelnen Gruppen, in der Mitgliederkorrespondenz, auf der Gruppenvorsitzendenkonferenz auseinander.

b) Gefährlich ist nicht von vornherein alles, was falsch ist; gefährlich ist jedoch eine Politik, die nicht nur sich selbst isoliert, sondern auch den Gesamtverband wichtiger Arbeitsmöglichkeiten zu berauben geeignet ist (besonders die Jugend- und Bildungsarbeit der SDS-Genossen, die - jedenfalls im Bundesgebiet - zu den zentralen Punkten unserer Praxis gehört und die niemand außer dem SDS in dieser Breite und Wirksamkeit leisten kann), eine Politik, die nicht so sehr ihre Urheber gefährdet als gegen den Gesamtverband Gratisvorwände an die Staatsgewalt liefert. - Sei es für den Entzug der Förderungswürdigkeit, sei es für ein bereits von Vertretern der "Jungen Union" gefordertes Verbot (des SDS, nicht der "Kommune"!) Ein SDS, den kontinuierliche bewußtseinsbildende Arbeit gefährlich für den Klassenfeind macht, darf nicht durch bewußtlose Schlagzeilenlieferanten ohne Not verwundbar gemacht werden! Wehren wir uns gegen fahrlässige wie gegen bewußte Provokationen, wehren wir uns gegen die Tendenz, dem SDS durch Aktionen, Interviews usw. ein Provo-Image aufzuzwingen. Die SDS-Politik muß im SDS gemacht werden.
Mit sozialistischen Grüßen
Der Vorstand

d) Dokument I

Sozialistischer Deutscher Studentenbund/Landesverband Berlin

- Pressemitteilung -

Am Nachmittag des 3. V. 1967 haben der Vorstand der SDS-Gruppe an der Freien Universität Berlin und der Vorstand des Landesverbands Berlin im SDS mit ausdrücklicher Zustimmung des Bundesvorstandes des SDS folgenden Beschluß gefaßt:

Der Landesvorstand des SDS suspendiert mit sofortiger Wirkung die ihm bekannten Verfasser der mit "SDS" unterzeichneten Flugblätter (durchnumeriert mit 1 - 5) von ihren aktiven und passiven Mitgliedsrechten. Der Bundesvorstand des SDS schließt sich der Suspendierung an.

Zu diesem Beschluß geben der Vorstand der SDS-Gruppe an der FU und der Vorstand des Landesverbands Berlin im SDS und der Bundesvorstand des SDS folgende Erklärung ab:

Die Auseinandersetzungen an der FU haben seit dem 19. 4. 1967 eine noch nicht dagewesene Verschärfung erfahren. In dem Maße wie in den vergangenen zwei Jahren die Studenten den Vertröstungen und Versprechungen der Universitätsbürokratie hinsichtlich der von den Studenten seit nunmehr 22 Jahren geforderten und konkret konzipierten Hochschul- und Studienreform den Glauben versagten und Einlösung der Versprechen anstelle neuer leerer Versprechungen forderten, in dem Maße befleißigte sich die Universitätsbürokratie - offenkundig unfähig, auch nur rational über Reformen mit den Studenten zu diskutieren - einer sich zunehmend verschärfenden Restriktionspolitik gegen die unruhig gewordene Studentenschaft. Dank dieser Politik der Universitätsbürokratie reduzierte sich am 19. 4. 67 die hochschulpolitische Auseinandersetzung auf ihren abstrakten Kern; auf die Frage nämlich, ob die wissenschaftliche Anstalt Universität nach dem Gesetz der rationalen Auseinandersetzung unter in dieser Auseinandersetzung Gleichen zu strukturieren ist oder aber nach dem Gesetz, daß im Zweifelsfalle die institutionelle Autorität entscheidet. In der Tat ist der Einsatz der Polizei, sind finanzielle Restriktionen, sind Disziplinarverfahren, sind die bekanntgewordenen Befriedungspläne von akademischer und städtischer Administration, ist der Versuch des Rektors, die Urabstimmung durch Manipulation des Instituts Disziplinargerichtsbarkeit für sich zu entscheiden, der adäquate Ausdruck der hochschulpolitischen Position der Universitätsbürokratie: die Unantastbarkeit der professoralen Autorität, die jeder ernstzunehmenden Reform zum Opfer fallen müßte.

Ein Teil der in dieser Auseinandersetzung von der Universitätsbürokratie angewandten Droh-, Einschüchterungs- und Isolierungstaktik gegenüber der unruhig gewordenen Studentenschaft ist der inzwischen permanent gewordene Versuch, dem SDS an der FU dieFörde-

rungswürdigkeit zu entziehen. Daß sich die Berliner Administration an diesen Einschüchterungsmanövern, wie etwa an der Kürzung der AStA-Finanzen, wie an den Disziplinarverfahren, wie an der Kampagne gegen den SDS, aktiv beteiligt, kann nicht verwundern, wo die Bewegung in der Studentenschaft sich in zunehmenden Maße und konsequent auch gegen die politischen Instanzen und Kräfte richtet, die in der autoritativen Universität eine Stütze ihrer eigenen demokratiefeindlichen Politik erblicken.

Da der SDS im Unterschied zurakademischen und städtischen Administration weiß, daß für die Unruhen in den Universitäten keine Rädelsführer verantwortlich sind, sondern der desolate Zustand der Universität, unternimmt der SDS konsequent den Versuch, die unzufriedenen Studenten der Universität über die Ursachen ihrer Unzufriedenheit aufzuklären und mit ihnen gemeinsam herauszufinden, in welcher Weise die Studenten ihre Unzufriedenheit praktisch artikulieren können. Diesen Versuch betrachtet der SDS als die adäquate politische Antwort auf die Versuche der städtischen und universitären Administration, der Auseinandersetzung über die Hochschulreform auszuweichen, indem sie mit exemplarischen Bestrafungen, sei es gegen Individuen, sei es gegen einen politischen Studentenverband, die auf Hochschul- und Studienreform dringenden Studenten einzuschüchtern und ihre Solidarität zu zerstören.

Der SDS weiß, daß er in dieser Auseinandersetzung nur dann eine treibende Kraft sein kann, wenn er in seinem eigenen Verbandsleben die demokratische, rationale Diskussion zum Zentrum macht und die Spontaneität und Selbsttätigkeit seiner Mitglieder unterstützt. Deswegen lehnte und lehnt der SDS es ab, die teilweise mit faschistoiden Kampagnen seitens der Berliner Administration und des überwiegenden Teils der Berliner Presse begleiteten Aufforderungen der Universitätsbürokratie zu befolgen, sich exponierende Mitglieder des SDS auszuschließen, auch wenn der SDS in seiner Gesamtheit die Aktionen dieser Mitglieder nicht billigte. Denn der SDS weiß, daß nur die demokratische Auseinandersetzung gerade auch mit politisch falschen Aktionen ihm im damit verbundenen politischen Lernen weiterhelfen und stärken.

Allerdings erfordert dies Prinzip der demokratisch argumentierenden Auseinandersetzung im Verband, daß sich alle Gruppierungen im SDS an dieses Prinzip halten. Es stellt keinen Beitrag zu dieser innerverbandlichen Auseinandersetzung dar, wenn eine Gruppierung im Berliner SDS zum wiederholten Male versucht, den Verband mit vollendeten Tatsachen zu konfrontieren. Im Fall der Verfasser der mit "SDS" unterzeichneten durchnumerierten Flugblätter kommt hinzu, daß der Politische Beirat des Berliner SDS am 29.4.1967 die Schritte des SDS während der Urabstimmung diskutiert hat und mehrheitlich zu dem Ergebnis gekommen ist, daß Flugblätter dieser Art mit der Politik, die der SDS hinsichtlich der Urabstimmung verfolgt, nicht vereinbar sind. Deswegen hätten die Verfasser der in Frage stehenden Flugblätter keinesfalls die Unterzeichnung "SDS" wählen dürfen. Der Vorstand des SDS an der FU und der Vorstand des Lan-

desverbands Berlin im SDS suspendieren die aktiven und passiven Mitgliedsrechte der Flugblattverfasser, weil sie sowohl im Hinblick auf die Auseinandersetzungen an der FU wie auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Berliner SDS nicht zu dulden bereit sind, daß die demokratische Auseinandersetzung im Verband durch Überrumpelungsmanöver ersetzt wird. Der Vorstand der SDS-Gruppe an der FU und der Vorstand des Landesverbands Berlin im SDS werden auf der Landesvollversammlung, die in Kürze stattfinden wird, den Antrag stellen, die Verfasser der Flugblätter aus dem SDS auszuschließen.

Vorstand der SDS-Gruppe an der FU

Vorstand des Landesverbands Berlin

Bundes-
Vorstand des SDS

e) SDS Nürnberg-Erlangen zur Kommune

Liebe Genossen vom BV,

im Auftrag der Gruppe Nürnberg/Erlangen möchte ich folgende Fragen stellen:

1) Seid Ihr nicht (wie wir) der Ansicht, daß der Bundesvorstand der Gruppe Kunzelmann & Co empfehlen sollte, eine Anarchistengruppe oder Provovereinigung (fern vom SDS) zu gründen?
2) Findet Ihr in den Schriften Mao Tse-Tung eine Erklärung, wie solche Berlin-Spinnereien als Mao-Nachfolger-Schule etc. ausgegeben werden können (wenngleich wir zugeben, daß nach wochenlangen Diskussionen irgendein politischer Stellenwert aufgefunden werden kann?)
3) Wird vom SDS-Bundesvorstand untersucht, ob der Gebrauch des Namens bzw. der Bezeichnung "SDS" in der Illustrierten Stern und im Fernsehen den Bundesvorstand berechtigt einen entsprechenden Teil des beträchtlichen Honorars, das der Kunzelmann-Gruppe ausbezahlt wurde, einzuziehen???

Des weiteren bitten wir um Bearbeitung folgender Anregungen:

1) Übersendet bitte einige einschlägige Schriften Mao Tse-Tungs an die Horrorkommune!!
2) Vermittelt ein paar Frauen an die Kommune (zwei sind augenscheinlich zu wenig)!!!
3) Diskutiert mal dieVoraussetzung einer SDS-Neugründung in Berlin. Die Gruppe Erlangen/Nürnberg ist besorgt, daß sie zu spät die Möglichkeiten wahrnimmt, SDS in Geld umzuwandeln.

f) Ein Flugblatt der ASO

Verteilt auf dem Hessischen Ostermarsch

WIE SOLL ES JETZT WEITERGEHEN?

Auch der diesjährige Ostermarsch der Kampagne für Abrüstung zeigt wieder, daß ein großer Teil der Bevölkerung für eine Politik der Vernunft eintritt. Immer mehr Menschen sind bereit, für eine Politik zu kämpfen, die die Interessen der arbeitenden Menschen und nicht die von Wirtschaftsführern und Parteimanagern vertritt.

Wie kann eine solche Politik durchgesetzt werden?

Von der SPD können wir heute keine Politik erwarten, den den Interessen der arbeitenden Menschen dient. Denn was hat sie eigent-

lich mit der großen Koalition erreicht?

Sie hat erreicht,

- o daß Franz Josef Strauß wieder Minister wurde,
- o daß das Haushaltsdefizit nicht durch eine Senkung der Rüstungskosten, nicht durch verstärkte Besteuerung der Groß-Einkommen und Riesenvermögen gedeckt wird
- o daß die Massenverbrauchssteuern erhöht wurden und die Sozialausgaben um 1,5 Mrd. DM gekürzt wurden,
- o daß weiterhin Milliardenbeträge als Tributzahlungen an die USA-Regierung gezahlt werden,
- o daß die Gewerkschaften mit Hilfe eines sozialdemokratischen Wirtschaftsministers durch "Lohnleitlinienpolitik" unter die Kontrolle des Staates und der Unternehmerverbände gebracht werden können,
- o daß die Notstandsgesetze im Kabinett verabschiedet wurden und im Bundestag eine sichere Mehrheit finden werden,
- o daß die Bundesregierung den geplanten Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen zwischen den USA, der UdSSR und Großbritannien torpediert.

Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, daß diese SPD von ihren Mitgliedern noch zu einer Änderung ihrer Politik gezwungen werden kann.

Es gibt heute keine Partei,

- o die konsequent die Interessen der arbeitenden Mehrheit unseres Volkes und die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der großen Industriegewerkschaften vertritt,
- o die sich zum Fürsprecher der Probleme der Jugend in den Betrieben und Schulen macht,
- o die sich der Belange der Professoren, Wissenschaftler und Studenten annimmt.

Die Kampagne für Abrüstung und die Bewegung der Notstandsgegner, so wichtig ihre Arbeit im Rahmen der gesamten demokratischen Opposition heute ist, können diese Aufgabe nicht erfüllen. Diese Bewegungen müssen ihre Politik organisatorisch unabhängig und offen für alle demokratischen Kräfte führen. Ihre Arbeit reicht nicht aus, wenn ein konsequenter Kampf gegen die Regierungspolitik der grossen Koalition geführt werden soll.

Nur eine organisierte sozialistische Opposition kann einen wirksamen Kampf gegen die herrschende Politik führen.

Die sozialistische Opposition entsteht nicht durch Erklärungen und Proklamationen. In vielen Orten der Bundesrepublik haben sich be-

der großen Koalition. Die Kritik an der bundesrepublikanischen Entwicklungshilfe zielt ab auf das faschistische Ressentiment gegen Entwicklungshilfe überhaupt. Die Erwähnung von der Einsparung im Haushalt durch Kürzungen der Entwicklungshilfe ist schlicht demagogisch. Natürlich wissen wir, daß Ihr diese Kritik längst antizipiert habt. Es stellt sich deshalb die Frage nach Euren taktischen Zielen:

Wollt Ihr mit diesem Euren Programm ein Gegengewicht zur NPD schaffen? Ist Euer Verzicht auf sozialistische Programmatik daraus zu erklären, daß Ihr Euch der Neutralität der Gewerkschaften versichern wollt?
Ist die Tatsache, daß Ihr die SPD aus jeder Kritik peinlich ausnehmt, mit der Verflechtung von SPD und Gewerkschaften zu erklären? Gibt es eine Chance, daß sich die Arbeiter mit Euch hinter dieser kleinbürgerlichen Fassade verstecken?

Unsere Fragen beschränken sich nicht nur auf den oben erwähnten Aufruf, wir haben auch Eure anderen Publikationen gelesen, konnten jedoch keinen entscheidenden Unterschied feststellen.

Mit sozialistischem Gruß
Der SDS-Heidelberg, gez. Vorstand.

II Einige Semesterberichte aus kleineren Gruppen

A) - SDS Bonn

Zentrales Thema und Voraussetzung aller Arbeit war die Erarbeitung eines politischen Programmentwurfs für den SDS gewesen (ohne Programm/Plan ist alle Arbeit Aktivismus.)

Eine Konzentration auf diese zentralste Aufgabe war nicht möglich. Die Tatsache, daß die kleine Gruppe Bonn abgesehen von Einzelgängern im SHB die einzige Vertreterin einer linken Politik (von "marxistisch" ganz zu schweigen) an der Universität Bonn war, zwang die Gruppe zu allen anstehenden Ereignissen auch der Tagespolitik Stellung zu nehmen. Der Fehler der Gruppe bestand allerdings darin, daß sie die zu erwartenden Arbeitsbereiche nicht auf Grund einer eingehenden Analyse gewonnen hat, sondern unbewußt von einer "bürgerlichen" Interessiertheit nach Quantität und nach "etwas" Neuem, Anderem, in der sich die Unsicherheit auf Grund der Planlosigkeit nur partiell rationalen, total irrationalen Existenzweise und das Unbehagen am bestehenden Zustand unreflektiert äußert, getrieben blieb, was

schließlich zur Abstraktheit der Aufgabenstellung führte. Das impliziert, daß das abstrakte "globale" Programm ständig von unvorhergesehenem Zwang, auf tagespolitische Ereignisse zu reagieren, vergewaltigt wurde, denen aber nur mit dem "halben Herzen" schlecht und recht zu genügen getrachtet wurde.

Die 1. Folge war: theoretische Arbeit reduziert sich auf hektische Beschaffung von Informationen. 2. Information dient in erster Linie nunmehr zur Rechtfertigung und zum Schutz vor möglichem sich "Blamieren" (subjektiv orientiert). 3. Sie wurde zum baren Aufzählen von Ereignissen, die allenfalls durch "marxistisches" Vokabular schlecht miteinander verkittet wurden. (Auseinanderklaffen von Detailkenntnis undGlobal-Verbal-Marxismus). 4. Es unterblieb die Analyse der konkreten agitatorischen Situation (Analyse der Interessen, des Verstehenhorizontes (hoffentlich gelte ich mit diesem Wort nicht sogleich als Rechtsabweichler) der zu "politisierenden") in der allein besondere Ereignisse und unsere Interessen auf die "Totalität" hin vermittelt werden könnten. (Verselbständigung des Gewußten), das sich als verselbständigtes sogleich dem individuell und allenfalls Gruppenegoismus vermittelt). 5. Agitation verselbständigt sich in abstrakte marxistische Phraseologie, die heroisch im Bewußtsein "es denen wieder einmal gesagt zu haben" rhetorisch produziert für die Hörer unverständlich und unbefriedigend und nun im anderen (als vom Referenten gedeuteten) Sinn ärgerlich ist. 6. Frustrationen für die Mitglieder sowohl über die nicht eingelösten Planerwartungen als auch über das teilweise Ungenügen der Aktionen. 7. Rationalisierung der Frustration in "dialektischer" Umkehr des Misserfolges einerseits in theoretisch stets postulierte Erfolglosigkeit (die negative oder schlechte Identität vom Allgemeinen und Besonderen) andererseits in Eitelkeit Arroganz und kryptoelitärer Selbsteinschätzung derer, die gegen die Elite stets zu Felde zu ziehen vorgeben.

Die Planung wurde sogleich nicht eingehalten. Es war Symptom unserer Semesterarbeit, Pläne und Beschlüsse ständig abzuändern, und zwar nicht aus Einsicht in bessere Möglichkeiten, sondern im Gedränge von äusseren Anlässen. Die 1. Folge davon ist völlige Verunsicherung der Mitglieder und der Aktionen, 2. ständiges unbefriedigendes Palaver, 3. das Gefühl immer wieder übergangen zu werden, bzw. manipuliert zu werden, 4. um so engere Bindung an sogenannte brain-leader undGenossen, die bedenkenloser zu Entscheidungen bereit sind (also Ausbildung hierarchischer und führerbezogener Organisationsformen.)

Das Problem der Planunghalte ich für so entscheidend, daß ein Semesterbericht einer SDS-Gruppe es zu reflektieren hat.

Unser Aktivitäten: (nach der Reihenfolge der wichtigsten DK-Beschlüsse.)

1. Notstandsgesetzgebung (NS): Nach der DK sollte gegen die NS

NS und die aggressive Außenpolitik der BRD nicht nur argumentiert werden, sondern es sollte eine Opposition organisiert werden, die zu eigenen Aktionen auf breiterer Basis bereit wäre. Wir beteiligten uns an dem NS-Kongress in Bonn (DGB). Ein Genosse ist Vorstandsmitglied des inaktiven Bonner Notstandsausschusses. Es wurden alle uns zugänglichen Veranstaltungen und Diskussionen über NS von uns bestückt (bester vlou ein Vortrag zum Thema vor Corporationen mit erstaunlich großem positiven Echo.) Das NS-Referat des BV, das bei uns liegt, erhält Unterstützung; es berichtet aber selbst. Freilich haben wir keine NS-Strategie, schon gar keine, die die NS-Agitation als Mittel im Klassenkampf reflektiert und verwendet.

Rechtsradikalismus: Es sollte untersucht werden, welche rechtsradikalen Tendenzen in der BRD wuchern.

Wir hatten Kontakt zur NPD, vorübergehend einen Agenten. Seine Veröffentlichungen in der Tagespresse und dem Stern erregten Aufsehen. Ein Vortrag mit Diskussion in der Uni lockte uns etwa 80 Hörer an. Die Beteiligten waren zu keiner Aktion zu bewegen. Die Diskussion der Gäste kam über das Niveau der Frage nach der Schuld am 2. Weltkrieg nicht hinaus. Für eine Anti-NPD-Demonstration waren etwa 60 Leute zu gewinnen. Ein politisierender Erfolg ist nicht zu konstatieren. Es besteht die Gefahr, daß alle Aktionen von unserer Seite nur das arrogante Vorurteil nähren, das das Problem zum Streit der radikalen Minderheiten macht. Rechtsradikalismus ist nicht nur in der NPD auszumachen. Jede Aktion in welcher Sache auch immer sie vorgenommen wird, gibt Gründe den sich radikalisierenden Rechtsdrall der gesamten Bevölkerung zu fürchten.

Vietnam:

Die Sammelaktion wurde von unserer Gruppe abgelehnt; die Plakate von uns so gut geklebt, daß sie heute zum Teil noch hängen, ein Informationsstand wurde einen Tag lang unterhalten, sowie die anfallenden Vietnamveranstaltungen anderer besucht und gestört bzw. bestimmt. Die Aufklärungsarbeit kam kaum darüber hinaus, mit mitmenschlichen Schauer und Bedauern zu wecken und antiamerikanische Ressentiments gefährlicherweise zu rationalisieren.

Am China-Problem wurde von der Gruppe nicht gearbeitet. Eine geplante Veranstaltung konnte nicht durchgeführt werden. Statt dessen konnten wir über die Ereignisse in Afrika aufklären und gelegentlich die Diskussion auf Angola, Mozambique usw. richten.

Schulungsprogramm:

Wir kritisierten den Deppe-Steinhausschen Entwurf. (siehe Kapitel III) Eine erste Kritik lag schriftlich im November vor. Die Diskussion wurde ständig hinausgezögert. Erst jetzt wurde eine Kritik desEntwurfes und eine Perspektive unserer Vorstellungen eines Schulungsprogrammes von der Gruppe gebilligt.

Die Hochschulpolitik haben wir in diesem Sem. erst entdeckt. Wir beteiligten uns mit großem Erfolg an Wahlkampf und Wahl (9 Genossen im SP 3 Genossen im ASTA).

Ein Vortrag von Lefèvre zur Hochschulpolitik enttäuschte wegen der durch Berlin hochgeschraubten Erwartungen. Der Vortrag von Bacia über Hochschul undSexualität war gut besucht und rege diskutiert.

In der Hochschulpolitik begegnen uns an Gefahren: 1. Personalisierungen der Gruppe in ihren am meisten auftretenden Gliedern; was oft zu falschen Einschätzungen führt und der Gruppe m.E. auch schadet. 2. Schneiden wir in dem Intrigenspiel der Formaldemokraten und ihrer formalisitischen Spinnerei oft schlecht ab. Affairen haben uns geschadet (bestätigen das Vorurteil über den SDS als Horde wildgewordener Psychopathen). Ein gewisses Maß an Seriosität im revolutionären Spaß ist taktische Notwendigkeit. 3. Bietet der SDS Gruppen wie dem RCDS dadurch Ansatz für ihre letzte Daseinsberechtigung, den Kampf gegen den SDS. Mit einer Reihe von Forderungen gelang es uns, die Interessen der Studenten für sie verständlich zu formulieren. Zur Zeit arbeiten wir daran, den Studenten die repressive Art der Uni-Hierarchie erfahrbar zu machen.

Stabilisierungsgesetze:

Sie wurden in unserer Arbeit unberücksichtigt gelassen.

Schüler: Aus dem Schülerarbeitskreis, der sich über politische Themen informiert, wie über das Liebesleben der Ameisen hat sich nach langen internen Verhandlungen ein SSB gebildet, der fähig zu eigener politischer Diskussion und Aktion von uns nur mehr beratend unterstützt zu werden braucht. Die Diskussion und das "sozialistisch" hat sich für die Entwicklung des Bundes als recht vorteilhaft erwiesen (Dynamisierung der Reflektion und der Zwang sich theoretisch zu rechtfertigen.)

Die Seminare fanden nicht statt, dafür wurde mit der Gruppe Kiel und Skandinavischen Kummunisten ein Wochenendseminar über die EWG veranstaltet. Die Arbeitskreise scheiterten alle. Im Marxarbeitskreis wurde wenigstens das Kapital kollektiv gelesen und diskutiert. In der bürgerlichen Ökonomie wurden einige Theoreme und das Unbehaben über die politische Aussichtslosigkeit dieser formalisitischen Modelle vermittelt. Der Ruhrarbeitskreis häufte einen Berg von Exzerpten an. Ich spreche von gescheitert aus folgenden Gründen:

1. Die Arbeitskreise wurden zu verkappten Uni-Seminaren.
2. Sie wurden nicht - durch das vorgesehene Sachinteresse bedingt, sondern durch ein verkapptes irrationales Interesse, das zumeist aus subjektiven verdrängten Bereichen gespeichert war, daher entwickelte sich in ihnen ein Leistungsdruck, sie selbst wurden zu Leistungen, die man sich abzuringen hatte.

3. Gelang es nicht, das in den Kreisen behandelte sinnvoll mit der Frage "wâs tun" zu verbinden. Ihr Ergebnis wurde der Ausweis der Gelehrsamkeit und intellektuelle Befriedigung.
In allen Arbeitskreisen läßt sich folgende Entwicklung absehen:

1. Im Bewußtsein der ungeheuerlichen Wichtigkeit des Sujets Anfangselan.

2. Arbeitskreis kommt mit anderen Angelegenheiten ins Gedränge, der Termin paßt nie. Man kommt zur nötigen Vorbereitung nicht und dgl. der Akreis wird allmählich zur Belastung.

3. Es entwickelt sich bei den Einzelnen ein Widerwillen, man sucht nach Rechtfertigungen, sich begründet von ihm weg drükken zu können, unvorbereitet ist man allenfalls zur bloßen physischen oder auch rhetorischen Teilnahme bereit.

4. Die Folge ist das Fernbleiben und das Zerfließen des Akreises.

Der Hauptfehler solcher Entwicklung ist, daß die kontinuierliche Kritik abbricht, ein Verselbständigungsprozess einsetzt und die Arbeit Autoritätscharakter annimmt. Der mangelnden Planung auf der einen Seite entspricht die mangelnde Spontaneität auf der anderen. In beiden Malen liegt zu Grunde das Unvermögen zwischen Theorie und Praxis zu vermitteln, das Fehlen eines weitgesteckten aber politischen Planes für die nächsten etwa 5 Jahre. Solcher Plan kann von den einzelnen Gruppen schlechterdings nicht erstellt werden, es wäre Sache des Verbandes in der Diskussion solchen Plans erst die Integration der Arbeit undGruppen zu ermöglichen, die durch keine noch so gute Schulung erreicht werden kann. Schulung selbst bedürfte als Voraussetzung dieses Plans.

Zu erwähnen: Die Einrichtung eines wöchentlichen Pressegesprächs a la Frühschoppen nur mit Beteiligung der Kunden (Hörer) konnten wir trotz beträchtlicher Nachfrage organisatorisch nicht mehr verkraften.

Zu den Pflichtdemonstrationen zu jedem Anlass und den übrigen kleineren Aktionen braucht nicht Stellung genommen zu werden, da sie nicht von allgemeinem Interesse sind.

Die hier dargestellte Arbeit hat einige subjektive Folgen für die Genossen, die ich hier nur andeuten will, da sie aber für den Verband von grösserer Bedeutung sind, doch andeuten muß.

1. Auf Grund der verselbständigten Theorie kehrt diese sich gegen sich selbst und wird zum Herrschaftsmittel der "Führer" gegen jüngere Genossen.

2. Mittels dieses - sehr komplizierten Herrschaftsmittels bildet sich in der Gruppe hierarchische Struktur und irrationale Leistungsorientiertheit aus.

3. Die Tendenz der Hierarchie, ihre Glieder nur als Mittel zu Zwecken zu sehen, erzeugt auf der einen Seite spezifische Arroganzerscheinungen, auf der anderen Seite Resignation und Rückzug aus der Gruppenarbeit, Gefühle der Isoliertheit und dgl.

4. Die Hierarchie hat ferner zur Folge, dass auf der einen Seite Ausartungen in wilden Organisationismus, (angebliche "Kaderpolitik" ohne konkrete Kaderaufgaben) auf der anderen Seite Selbstbefriedigung in Theorie oder in Selbstbebauchnabelung (rotieren um die eigenen Probleme, die wiederum die eigeneren - siehe schon Stirner - Probleme verschleiern müssen, das eigene Problem wird zum Fetisch, der vom eigenen Problem abhält, siehe Kommune wie sie sich nach Drittberichten darstellt.)

5. Die Isolation der Einzelnen kann neurotische Folgen zeigen, etwa eine Art Verfassungsschutzverfolgungswahn, Verfolgungswunsch, die die fehlende Gefährlichkeit vortäuschen sollen, provozierter Widerstand, um sich an diesem zu messen (die allgemeine Revisionistenhatz ohne daß ausgemacht wird, welche schlechte Praxis jeweils bekämpft wird), übertriebene Selbstanklagen und Versagensbezichtigungen (Selbstbedauern) usw.

Wir kommen in der Gruppe mehr und mehr zu dem Schluss, daß die rationale Organisation der Reproduktion der Gruppengenossen als Überlebensbedingung für Einzelne ernsthaft in die Gruppenarbeit aufgenommen werden muß. (In dieser Problematik sehen wir das Wahrheitsmoment der Kommune), freilich ist vor einem Utopismus zu warnen, als sei in kleinem Haufen zu erreichen, was im Allgemeinen versagt ist, als sei am eigenen Subjekt zu manipulieren, während dieses sich nur ändert, wenn an seinen objektiven Bedingungen gearbeitet wird.)

b) <u>SDS Erlangen/Nürnberg</u>

Erlangen kam zu seinem SDS wie die Jungfrau - oder besser: wie die Großmutter zum Kind.

Das Bild seiner Studentenschaft wird seit alters her von Medizinern, Juristen und Theologen geprägt, gefärbt, bzw. mit Schmissen versehen. Bis 1963 stellten die Verbindungen noch jeden AStA-Vorsitzenden. Politische Veranstaltungen waren ziemlich selten.

In den kleinen Instituten für Politologie, Slawistik und Osteuropäische Geschicht, wo ein recht familiärer Arbeitsbetrieb herrscht, bildeten sich zwar kleinere politisierende Gruppen, die sich teilweise zum Ostermarsch zusammenfanden. Größere Resonanz fanden sie jedoch ebensowenig wie die politischen Studentenverbände, (SHB LSD HSU RCDS) welche nur ein kümmerliches und unmerk-

liches Dasein fristeten. Nicht weniger unpolitisch als der Großteil ihrer Studenten ist die Erlanger Professorenschaft.

So war es fast ein Wunder, daß sich hier überhaupt eine sozialistische Linke in der Studentenschaft konstituieren konnte. Der Andrang zur Gründungsversammlung war unerwartet. Von 30 Neugierigen trat die Hälfte dem SDS bei. Querverbindungen zum SHB und zur HSU bestanden von Anfang an; Ansatzpunkte einer weiteren Zusammenarbeit.

Schon einige Tage nach der Gründung fand im Verein mit dem SHB eine Aktion gegen die GroKo-Große Koalition statt. Kurz danach, anläßlich einer AStA-Demonstration gegen die NPD trat dann die Existenz des SDS erstmals deutlich ins erschreckte Bewußtsein Erlanger Studenten: Mißbrauchte er doch jene Veranstaltung zum Verteilen eines Flugblatts, das auf die gesellschaftlichen Hintergründe des Neofaschismus hinwies. Noch stärkeren Wiederhall fand ein Flugblatt, welches anläßlich der SP (Studentenparlaments-)Wahlen die Korporierten als Museumswächter lächerlich machte und Wahlvorschläge brachte. Inwiefern es dazu beigetragen hat, den Verbindungsleuten erstmals eine eindeutige Niederlage beizubringen (von 25 Kandidaten wurden nur 4 gewählt), läßt sich nicht feststellen. Immerhin gelang es, drei SDS-Mitglieder ins SP zu schleusen.

Interne Diskussionen über die Notwendigkeit, durch eine größere politische Aktion die Gruppe zu konsolidieren, führten zum Plan einer Vietnam-Woche. Obwohl die Zusammenarbeit noch nicht richtig funktionierte und vieles improvisiert werden mußte, konnten alle Veranstaltungen (zwei Filmabende und ein Vortrag) jeweils mit Diskussion programmgemäß durchgeführt werden. Bei der Pressekonferenz zur Eröffnung der Woche und einer Vietnamausstellung stellte sich der SDS einer etwas spärlichen Presse in breiter Front mit den Mitveranstaltern SHB und HSU, den unterstützenden Iran., Arab. und Afro-asiat. Studentenverbänden sowie der wenigstens Informationen aufgeschlossenen ESG. Das Echo während und nach der Woche (Zeitungsberichte, Leserbriefe), der Veranstaltungs- und Ausstellungsbesuch, sowie die Beteiligung an den vom Studentenpfarrer mühsam geleiteten Diskussionen war dann erfreulich, Bücherverkauf und Straßensammlung (656,-) erfolgreich, enttäuschend die Schlußkundgebung: wenig Aufmerksamkeit der Bevölkerung, 400 Versammelte, langatmige Redner.

Dennoch wird das Ergebnis dieser Woche von allen Beteiligten als sehr zufriedenstellend oder doch ermutigend angesehen. Die Gruppe hat sich konsolidiert und ist ins Bewußtsein der Öffentlichkeit, wenigstens der studentischen, getreten.

Wenig später konnten andere Aktionsmöglichkeiten erprobt werden. So wurde der Gründungsversammlung des NPD-Kreisverbandes die Freude verdorben. Zu einer Podiumsdiskussion (Ruffman-Lenk: v. Thadden-Anrich), die vom AStA veranstaltet wurde, gab der SDS

ein vielbeachtetes Flugblatt mit Anrich-Dokumentation heraus, dabei konnte er sich außerdem im Saalordnen üben.

Da es ihr um Ruhe an der Uni zu tun ist, lud uns die Verbindung der keuschen "Bubenreuther" zu einer Diskussion ein. Sie wurde enttäuscht.

Als erste gemeinsame Veranstaltung mit dem SDS-Fördererkreis fand in Nürnberg eine Vietnam-Lesung (Studiobühne Tübingen) statt. Obwohl der Fördererkreis ziemlich groß ist, vor allem in Nürnberg, ließ der Besuch und die Unkostendeckung zu wünschen übrig. Die Zusammenarbeit mit dem Fördererkreis, mit Gewerkschaften und Schülern soll im nächsten Semester weiter entwickelt werden. Die interne Schulungsarbeit wurde im vergangenen Semester bereits aufgenommen. Der größte Teil der Mitglieder beteiligte sich an einem Marx-Arbeitskreis (Komm. Manifest). Um die Arbeit zu intensivieren, sollen im nächsten Semester zwei derartige Kreise gebildet werden. Zur Vorbereitung einer geplanten Notstands-Woche wird außerdem ein weiterer Schulungskreis eingerichtet.

Zu klären bleibt noch unsere strategische Konzeption, über die es divergierende Meinungen gibt. Dabei wird von der besonderen Situation in Erlangen auszugehen sein, es müssen weitere Aktionsmöglichkeiten erprobt und eigene theoretische Arbeit geleistet werden. Eine solche Konzeption hoffen wir zu einem späteren Zeitpunkt vorlegen zu können.

April 1967

A. Finger
G. Mergner
K. J. Schmalz
R. Haußmann

c) SDS Darmstadt (TH)

Bis zum 17.1.67 war der SDS-Darmstadt klein und häßlich, bestand nur noch aus 5 Mitgliedern, die in glorreicherer Zeit dazugestoßen waren, damals als Klaus H. Werner noch Vorsitzender war. Am 17. fand nun eine erste Mitgliederversammlung bzw. Informationsgespräch statt, woselbst sich eine unerwartet stattliche Anzahl Interessenten sich einfand und sich spontan (sic!) eine Gruppe konstituierte (10 Leute), was der anwesende erste Bundesvorsitzende unseres Bundes "grosse Klasse" fand.

Vorausgegangen war dieser ersten Versammlung allerdings einige Öffentlichkeitsarbeit, vor allem der Bestückung eines in der zentralen Passage von der Hochschule zur Mensa befindlichen großen Anschlagbretts der vier Gruppen rcds, shb, hsu und sds, an dem

sich regelmäßig Trauben von Leuten um die SDS-Spalte drängten, um die Leckerbissen der letzten Nachrichten über China, Berlin, Provos, Vietnam oder internes vom SDS usw. auf der Zunge ihres ungestellten Informationsbedürfnisses zergehen zu lassen. In der Mensa verteilten wir ein Informationsblatt über den SDS, in dem Interessenten aufgefordert wurden, das Blatt mit Namen und Adresse versehen in einen an besagtem Brett inzwischen angebrachten Briefkasten zu werfen. +)

Unser Begehren, das Infomationsblatt in der Mensa auszulegen, führte übrigens zur erstmaligen Weigerung unseres Studentenwerksgeschäftsführers, weils zu politisch war. Immerhin konnte der ASTA in Verhandlungen mit dem Studentenwerk nach ein paar Tagen den Status quoante wiederherstellen mit der Einschränkung, dass jede Gruppe, bevor sie die Erlaubnis zum Austeilen von Blättern erhält, 10,-- hinterlegen muss.

Die Vietnamveranstaltungen waren in jeder Hinsicht ein Erfolg. Der Filmabend mit anschließender Diskussion mit Gen. Gäng wurde von 520 Leuten besucht = 520,- DM Eintritt. Spenden für den Vietcong am Ausgang = DM 185,- vorwiegend natürlich Studenten, die spendeten aus der III. Welt.

Am letzten Samstag im Semester wurde der Informationsstand in der Innenstadt aufgebaut. Gewerkschaftler unterstützten uns, der Zahl der Diskussionswilligen standzuhalten, sogar ein richtiger Kommunist war da und brachte uns mit seinen Argumenten in Schwierigkeit, die wir nicht zuletzt so meisterten, wie wir es kurz zuvor in der Modelldiskussion mit Gen. GÄNG gelernt hatten. Spenden kamen vorwiegend von alten Leuten, die dem Markenzeichen ROTES KREUZ zu Recht vertrauten. (DM 220,-.)

Die beiden Veranstaltungen waren wichtige Meilensteine in der politischen Entwicklung der Gruppe, sie trugen durch ihren offensichtlichen Erfolg (obwohl gar nicht so gründlich vorbereitet) zur notwendigen Konsolidierung bei, die gerade eine so strukturell schwache Gruppe, wie es eine TH-Gruppe immer ist, dringend nötig hat.

Für die Arbeit im Sommer bieten sich drei Schwerpunkte an: Möglichst intensive gruppeninterne Schulung (ein Wochenendseminar steigt schon), 2. Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Einzelpersonen in Aktions- und Arbeitskreisen (Vietnam, Notstand, Hochschulpolitik). 3. Organisation von zwei attraktiven Großveranstaltungen, die informieren, Diskussionen provozieren und möglichst viel Geld einbringen. Hinzu kommt Mitarbeit in der Aktionsgemeinschaft gegen Notstandsges. und Unterstützung des Sozialistischen Schülerbundes und des Ostermarschausschusses.

Mitgliederzahl inzwischen: 18

+) PS. So konnten wir zum ersten Abend die ernsthaft Interessierten einladen (die Schreibmaschine hat übrigens nur 30,- gekostet). Es folgen im Semester noch drei weitere Abende für Mitglieder u. Interessenten mit Diskussionen und Vorbereitungen für einen Vietnamfilmabend mit Sammlung für die Vietcong und einer Sammel-, Informations- Diskussionsaktion auf Darmstadt's prachtvollem Luisenplatz!

d) SDS Tübingen

Seit den Aktionen für Neville Alexander hat die Tübinger Gruppe keine richtige Arbeit mehr geleistet. (Beiträge auf DK und in der nk = O). Sie blieb länger als andere Guppen ein Club für Studenten sozialistischer und kritischer Gesinnung, allerdings ohne die kleinstmögliche Funktion, die ein solcher Club noch haben kann: Ordentliche Marxphilologie etc. Der Lehrkörper, der in der Gruppe einmal existiert hatte, verlief sich. Genug philosophisches Wissen, um von Bloch profitieren zu können, gab es nicht; linke Politologen und Soziologen fehlten an der Uni. Die Konflikte, die in der Gruppe entstanden, wurden also schnell linkspathologisch. Es charakterisiert die Situation in Tübingen, daß die feindlichen Fraktionen jede für sich Mitglieder warben. Bei Streitigkeiten in der Öffentlichkeit, wurde eine unbestimmte Anzahl von Interessenten vertrieben.

Zu Beginn des WS bekümmerte sich der Bv um die unpolitische Desintegration der Gruppe. Zur gleichen Zeit kehrten Genossen, die in Städten mit besser funktionierenden Gruppen studiert hatten, nach T. zurück und ersetzten jene Leute, die z.T. mitverantwortlich für die Misere, sich aus den Gruppen hatten hinausterrorisieren lassen. - Es lag nahe, mit einem Schulungsarbeitskreis die Reorganisation der Gruppe zu versuchen. Zehn Leute mit der unterschiedlichsten Vorbildung, Interessenrichtung und Semesterzahl setzten sich zusammen. Die Vorkenntnisse der AK-Leitung waren beschränkt.

Lernten wir schwimmend schwimmen? den ersten Fehler machten wir, indem wir mit Pkt I des Programmentwurfs anfingen. Es war zwar für andere Punkte mehr Interesse vorhanden, auch brachten wir woanders mehr Vorkenntnisse mit. Doch schien es geraten, mit den "sozialwissenschaftlichen Grundbegriffen" anzufangen, vor allem angesichts eines so subtilen Programms, wo immer gerade 4 Untertitel zur Totalität des Obertitels zusammenschießen. Außerdem hörten wir, daß sich noch keine andere Gruppe an die Ausarbeitung von Pkt. I gemacht hatte.

Die Artikel "inhaltliche Struktur" I, 1-4 (vgl. Korr.Nr. 4) mögen gute Stichwortartikel für eine Enzyklopädie sozialistischer Wissenschaft sein. Die technischen und didaktischen Hinweise sind jedoch nicht mehr in der Lage, die Abstraktion wieder aufzuheben und die "Besonderung und Ausbreitung des Inhalts" einzuleiten. "Die Struktur und Entwicklung der drei Kategorien der Sozialproduktsberechnung sind mit Hilfe eines stat. Jahrb. tabellarisch und graphisch annähernd darstellbar." - An diesem Punkt ist der AK als Grundlagen-Ak bei uns gescheitert. Von hieraus hat er sich in einen schlechten AK "Einführung in das Volkswirtschaftliche Rechnungswesen" verwandelt.

Aus Marburg war keine Bibliographie gekommen. So machten wir alle möglichen Einführungen und Spezialdarstellungen durch, von

Hofmann über Ruggles zu Schneider, bis wir schließlich bei Stobbe landeten. Auf den Unsinn dieser Reihenfolge sei besonders hingewiesen: Man fängt mit dem ohne volkswirtschaftliche Vorkenntnisse schwer verständlichen Hofmann an, versteht deswegen auch kaum, was die Arbeit zeigen soll: strukturelle Widersprüche des Kapitalismus als Schwierigkeiten der Datengewinnung, der begrifflichen Darstellung und schließlich der rationalen Steuerung des Gesamtprozesses. Notgedrungen suchten wir weiter, Stießen auf Stobbes Lehrbuch nach amerikanischem Muster, aus dem Grundbegriffe bestens gelernt werden können, aus dem aber alle Hinweise auf Widersprüche restlos verschwunden sind. Zwischen Schulungsreferat und Arbeitskreis hat es einen kurzen Prozess der gegenseitigen Enttäuschung gegeben. Die Marburger resignierten, als auch von uns keine Kritik kam, die weiterhelfen konnte, sondern bloß "Konsumentenforderungen" nach Bibliographien usw. Uns verging die Lust, als nicht einmal eine Postkarte kam mit irgendwelchen Ratschlägen zur Bücherauswahl. Fast ist zu vermuten, daß die Systematiker selbst nicht wußten, wie ungeeignet etwa der Hofmann für unseren Start war. Nichts von unseren weiteren vergeblichen Anstalten, - der Ak starb endgültig, als wir mal einen ganzen Abend mit falsch umgerechneten Zahlen operiert hatten - bis zur Hauptsache von Pkt. I, der Demonstration der Begriffe actual und potential surplus, sind wir prompt n i c h t gekommen.

Darum ein paar Anmerkungen zum Schulungsprogramm:

1. Man müsste überlegen, ob theoretische Schulung nicht auch eine Idee ist, die sich blamieren kann, wenn sie sich mit zu schwachen Interessen verbindet. Auf das System "essential SDS theory" hat der Verein mit interessenlosem Wohlgefallen reagiert. Dennoch wird niemand abstreiten, daß SDS-Leute theoretisch interessiert sind. Man hat einen Idealtyp des jüngeren Genossen entwickelt, den Noch-Radikaldemokraten, der den Widerstand gegen Vietnamkrieg, Notstandsgesetze usw. beim SDS am konsequentesten vertreten sieht, der deswegen eintritt und vor allem eine Frage mitbringt: "Wie ist das mit Faschismus, Rüstung, Krieg, w i e (genau) funktionieren sie für die "Reproduktion des Kapitalismus"? - Man sollte zum Idealtyp dazudenken, daß er sehr wohl 3 - 4 Semester lang Genosse sein kann, ohne daß diese Frage für ihn befriedigend beantwortet ist. Dafür aber hat sich der Druck verstärkt: - man sollte "es" eigentlich jetzt wissen. So wird allerhand aufgeschnapptes und halbverstanden Angelesenes in die Lücken gestopft. Oder es wird darauf vertraut, daß diese Spezialprobleme in den Schriften des Verbandes ja abgehandelt sind. Oder es wird das Wiedererkennen von sozialistischen Spracheigentümlichkeiten mit dem Verständnis der Terminologie verwechselt.

Aus diesen Unehrlichkeiten und Unwissenschaftlichkeiten setzt sich das seminar-ähnliche Klima vieler SDS-Arbeitskreise zusammen. Daß Leute dann bei der Entfaltung des systematischen

Pomps Angst bekommen, ist nicht erstaunlich.

Es ist sehr natürlich, daß der Teilkrisencharakter des Spätkapitalismus das unmittelbare Interesse auch im Zusammenhang mit diesen Teilkrisen entstehen läßt. Wo man nicht dafür gesorgt hat, daß die historische Analyse von Teilkrisen (= Befriedigung eines theoretischen Bedürfnisses) so intensiv vorwärtsgetrieben wurden, daß den Genossen ein erster Begriff entstanden ist, von dem, was "Widersprüche des Kapitalismus" überhaupt heißt, hilft es wenig mit den vereinfachten Resultaten der Analyse aller Teilgebiete anzukommen, mit geschichtlichen Leitfäden usw., das Interesse daran wird äußerlich bleiben. Erst wenn eine größere Anzahl von Genossen (in jeder Gruppe, nicht über den ganzen SDS hin verstreut) "Lernerfolge" erzielt hat, wird auch ein Interesse am schnelleren und systematischen Lernen entstehen.

2. Experten haben immer sehr viel gearbeitet; sie werden mit den Hörern leicht ungeduldig. Bei Experten und Hörern ist das sachliche Interesse mit den vielfältigsten subjektiven Interessen verknüpft. Der Druck, den Experten auf einen Ak ausüben, kann sein Gutes haben: er kann Ärger entstehen lassen, darüber, daß man weniger weiß als die Andern und so Arbeitsimpulse erzeugen. Der Gestus "ihr seid mir zu blöd" ist darum sehr nützlich.

Man muß dieses Mittel aber auch richtig anwenden, nämlich erst, wenn man bei den Mitarbeitern angefangen hat, ein sachliches Interesse zu befriedigen, wenn man sie in eine Arbeit hineingeritten hat, in der subjektive und sachliche Interessen nicht mehr schlecht vermittelt, sondern identisch sind. Zu früh angewandt, - wie möglicherweise beim Rücktritt der Referenten -, hat es den gegenteiligen Effekt. Es entsteht gewöhnlichster Expertendruck und somit Verdrängung des Problems innerverbandliche Schulung. Wie in Seminaren, wo die Experten viele lähmen und die wenigsten antreiben.

Der Trial-error-Realismus, der z.T. in der Hochschularbeit des SDS entwickelt wurde, die Behutsamkeit und die Bereitschaft zur laufenden Selbstkontrolle, mit der, wie's aussieht, die Schülerarbeit begonnen wird, müßte auch dem SDS selbst, der inneren Schulung zugute kommen. Es sollte nicht länger so zwischen Innen und Außen unterschieden werden: Außen gilt die Erfahrung, das Experiment, innen gilt die Gesinnung, der Appell.

3. Das bisherige Schulungsprogramm hatte die Tendenz, sich zu einem Lehrbuch auszuwachsen, - man hofft, dieses an jeder beliebigen Stelle wieder in einen Schulungsarbeitskreis zurückverwandeln zu können. D.h. es besteht weiterhin die Gefahr, daß sich die Genossen zur Theorie wie zu einem Buch, einer Vorlesung verhalten, - nicht-vorbereitend, nicht-rückfragend, wiedervergessend. Natürlich soll nicht gegen die Absicht gesprochen werden,

ein Schulungs- p r o g r a m m zu entwickeln, d.h. einen routiniert wiederholbaren Lehrstoff mit methodischem Rahmen. Aber als Lehrbuch ist diese Absicht nicht zu verwirklichen. Es werden vielmehr Schulungsspezialisten benötigt, d.h. Genossen, die ihre Fehler im gemeinsamen Wissen und in der Lehrmethode laufend zu korrigieren gelernt haben. Die Einheit von Theoretiker und Schulungsspezialist wird aufgehoben werden müssen. An dieser Aufhebung müssen die Theoretiker aber angestrengt mitarbeiten, indem sie sich um eine realistische Organisation des Programms bemühen. Wie? Zu früh und überhastet begonnene enzyklopädische Arbeiten rufen immer Depressionen hervor. Nach dem Rücktritt war von den Referenten jedoch zu erwarten, daß sie sich mit den bestehenden Schulungs-AK weiter beschäftigen würden, und zwar e x p e r i m e n t i e r e n d. Möglich, daß sie aber gerade dies Experimentieren, die bitter nötige Kleinarbeit scheuten, weil sie glaubten, daß Experten nur an möglichst hoher Stelle (und ausschließlich dort) wirtschaftlich eingesetzt werden können, oder weil ihnen Angst war, die entworfene Super-Systematik in praktikable Kurse zu verwandeln. Der künftige Schulungsreferent sollte weniger federführend, dafür f a h r b a r und e x p e r i m e n t e l l sein. Hätten sich die Referenten die beiden Arbeitskreise angeschaut, die Fähigkeiten der Leute realistisch kalkuliert und die Gruppe dementsprechend beraten, so wäre an dieser Stelle vielleicht eine weniger äußerliche Kritik des Programms zu lesen.

Nicht nur durch den AK zur Anwendung des Schulungsprogramms, sondern dadurch, daß in Tübingen die Hochschulpolitik ausgebrochen ist, konnte sich die Gruppe reorganisieren. -

Für das nächste Semester sind drei Arbeitskreise geplant: H o c h s c h u l p o l i t i k , (soll auch das organisatorische Zentrum des Widerstandes gegen den Numerus Klausus werden; theoretischer AK deswegen, weil der SDS bei den ersten hochpolitischen Aktionen hinter dem volonté géneral dreinruderte, aus mangelnder Argumentationserfahrung). N o t s t a n d s p o l i t i k , (hat sich auch die Aufgabe gestellt, das völlig lahme Tübinger Notstandskommittee zu reorganisieren und die praktische Arbeit wieder in Gang zu setzen.) V i e t n a m , (führt einen AK der ESG vom vergangenen Semester weiter, der die politischen und ökonomischen Gründe des Krieges weniger stark beachtet hatte.)

Innerhalb der letzten beiden Arbeitskreise könnte vielleicht die Vorstufe zur innerverbandlichen Schulung, so wie wir sie als möglich beschrieben haben, verwirklicht werden. Die Organisatoren des Schulungsprogramms würden in diesen Arbeitskreisen benötigt, als zeitweilige Mitarbeiter; für uns, um besser vom Fleck zu kommen, für sich, um Erfahrungen in der Didaktik zu sammeln.

e) Etwas aus Frankfurt

MISSLUNGENE PROBEN DES AKADEMISCHEN PROLETARIATS FÜR DEN AUFGESCHOBENEN AUFSTAND

Begonnen haben die frankfurter minikrawalle wohl in Berlin, und wegen der miesen polizei hier brauchten sie eine längere anlaufzeit. Der vorgesehene termin war der 4. februar, die demonstration fand erst einen samstag später statt, damit noch ein wenig diskutiert werden konnte. Harrer und Dutschke, im rücken die dem wahren, guten, schönen gewidmete opernhausruine, redeten vor vielleicht 250 leuten, die polizeit, natürlich glänzend informiert, stand wartend umher, bis nach ende der kundgebung (mehr war nicht angemeldet) die "demonstration mit Spaß" beginnen würde. Der einsatzleiter meinte auf die bemerkung, die demonstranten würden gehen, wohin sie wollten, das werde sich herausstellen. Auch die polizei hatte ihr vergnügen eingeplant.

Theoretisch gestützt durch aus Berlin importierte und vergröberte thesen, daß die bisherigen demonstrationsformen keinen erfolg hatten, daß das erste ziel der demonstration die demonstranten selbst seien und daß solidarität mit den vietnamesen nur darin bestehen könne, die unterdrückung hier mit unterstützung der polizei sichtbar zu machen und deren drohung durch verteilen und sammeln zu unterlaufen, angekränkelt von dem vorwurf, auf diese weise die öffentlichkeit nicht zureichend über vietnam zu informieren, setzte sich der zug nach der kundgebung über die verkehrsregeln hinweg und bei rot über die straße in richtung amerikanisches generalkonsulat ab, zunächst wieder auf dem bürgersteig.

Ziemlich bald, zögernd jedoch, betrat die spitze die fahrbahn; mit wagen überholende polizei sperrte ab; die lehre vom ausweichen fast vergessend, suchten einige demonstranten händel, gingen dann jedoch auf den bürgersteig zurück, an der polizei vorbei und dahinter wieder auf die straße, ließen die wagen nicht mehr überholen und waren so in sicherheit. Zumindest einigermaßen. Vorerst war die umgebung noch ein wenig fremd, man überquerte laufend die straße, um jeweils auf dem rechten oder linken bürgersteig seine sicherheit wiederzufinden. Erst die lautsprecher der polizei die die straße geräumt sehen wollte, bewog zum trotzigen verharren auf der fahrbahn, das dann auch wegen dem hilflosen flehen aus dem lautsprecherwagen genossen und durch klatschen bekräftigt wurde.

In der strecke zwischen opernplatz und generalkonsulat ist nur eine kurve, kurz vor dem konsulat, und da schoben sich die beamteten wagen wieder in den vordergrund, wobei sich aus dem fenster gestreckte arme mühten, an die spiegel gehängte plakate mit "zur-hölle-mit-Johnson"-parolen loszuwerden.

Am konsulat warteten seit über einer stunde eine kleine uniformierte armee und der einsatzleiter auf ihren spaß. Die demonstranten warnten sich, den rasen zu betreten, und standen und saßen ansonsten ratlos herum, teils vor dem konsulat, teils auf der anderen seite. Ein knallkörper explodierte auf dem flachdach, etliche riefen nach Onkel Ho, einige agitierten polizisten, die die arme ineinandergehängt hatten und sich wechselseitig kraft verliehen. Schließlich als etliche schon gähnten und keinem was eingefallen war, nur zweie auf dem amerikanischen rasen vor jagenden polizisten vergeblich haken geschlagen hatten und nun ihre personalien angaben, kam die nummer der polizisten: eine gruppe von ihnen zu pferde. Ein zweiter knallkörper krachte, schwach brennender plakatkarton schreckte die tiere nicht, der angeblich sichere trick, so zu klatschen, daß es wie pferdegetrappel klingt, war wohl nur dem reporter bekannt, der ihn erst einige tage später beim bier anpries, und die annahme jener, die sich nun auch setzten und nicht erwarteten, daß die polizisten ihre pferde so hart treten würden, daß sie in die menge gingen, stellte sich als irrig heraus. Großes geschrei und einige weinkrämpfe folgten, schließlich hatten die fröhlichen reiter mit geil leuchtenden augen den bürgersteig vor dem konsulat leergefegt.

Nach längerem warten und schimpfen führte der weg zurück in richtung opernplatz. Kurze sitzstreiks auf der straße, die spätestens dann zu ende gingen, wenn die polizei in bedrohliche nähe kam, und kollaborierende beamte, die laufend mitten auf der straße wendeten, legten mit einiger perfektion den verkehr lahm. Das löste auch die spannung nach der pferdeeinlage und machte spaß.

Zur nächsten keilerei kam's an der hauptwache, als eine größere gruppe zwischen bauzaun und mauer von zwei seiten von polizisten gedrängt wurde und nicht ausweichen konnte. Hatten nach der dienstnummer gefragte prügelnde staatsbeamte bisher gewartet, bis ein offizier sich mit dem, was er wohl für eine undurchdringliche mine hielt, vor den fragesteller pflanzte, bis der gefragte sich abgesetzt hatte, reagierten die bürger in uniform jetzt mitfaustschlägen, das publikum meist mit der anregung, "die kommunisten" totzuschlagen oder "die studenten" in arbeitshäuser zu stecken. Jedenfalls kamen an dieser ecke auch jene theoretiker zu ihrem praktischen recht, die gemeint hatten, auf dieser demonstration müßten etliche verprügelt werden, damit die notwendigkeit des weglaufens auf der nächsten völlig klar sei.

Eine zweite gruppe spielte weiter vor, stoppte den verkehr und ließ die wagen dann pulkweise unter ihren transparenten durchfahren, als sie sahen, daß dadurch die polizeiwagen gehindert werden, zu ihnen vorzudringen (die riesige baustelle an der hauptwache eröffnete uns einige wunderbare möglichkeiten).

Der Spaß ging noch einige zeit weiter, doch da hatten die polizisten

schon gelernt. Sie hielten sich zurück und das publikum wunderte sich über das riesige aufgebot an mannschaftswagen gegen ein paar lachende studenten. Als es dunkelte, durften die polizisten nach hause, weil sie uns vor dem opernplatz durch ihren lautsprecherwagen nach zwei stunden noch einmal auf das ende der genehmigten kundgebung hinweisen ließen. Die von polizeipräsidium aus später eingeladenen festgenommenen lehnten dankend ab und warten noch immer auf richterliche vorladung (8 waren festgesetzt worden, gegen 7 antrag auf eröffnung des verfahrens gestellt).

Die gegnerschaft etlicher genossen gegen die "inhaltsleeren demonstrationen" wurde verstärkt durch die presse, für die die demonstration das werk der paar provos war, die in Frankfurt hausen, fast geschlossen teilnahmen und den seriösen SDS-protest diskriminierten. 3 tage nach der demonstration, und das gefiel jenen genossen noch weniger, brachte die presse auszüge aus einem provo-flugblatt, von dem auf der ausgefallenen domonstration am 4. 30 oder 40 exemplare verteilt worden waren. Darin wurden "provo-demonstrationen" zu "mensch-ärger-die-polizei-spielen" und der samstag zum "tag der anarchie" erklärt, doch sollte das blatt nicht "in falsche hände" fallen und "auswendig gelernt" und "vernichtet" werden. Heiterkeit auf der einen seite, auf der anderen das argument, die nächste demonstration "gegen den krieg in Vietnam und für dienstnummern für die polizei" könne daher nicht am samstag stattfinden. Weil der tag der MV schon ein donnerstag und noch nichts vorbereitet war, stimmten etliche aus dem grund mit den anhängern inhaltsschwangerer domonstrationen für verschieben auf mittwoch.

Die provos bekamen dann am samstag fast so viele leute zu ihrer demonstration wie wir am samstag zuvor. Polizisten, obgleich frustriert, weil sie ein größeres fussballspiel im stadion verpaßten, übten stillhalten, die demonstration verlief recht ruhig, lediglich eine selbstgebastelte rauchbombe qualmte vor sich hin und vor dem konsulat tanzte man zum eigenen protestgesang. Auf damenwahl ließen sich die polizisten nicht ein, obwohl der polizeipräsident sie während der woche hatte psychologisch drillen lassen. Und die autofahrer mußten weniger ärger hinnehmen als eine woche zuvor.

Die SDS-demonstration mittwochs, von den studenten für samstag als sicher erwartet, war kleiner, und sie begann mit einiger verspätung, weil genossen meinten, die plakate nicht vom büro zur mensa bringen zu können, solange nicht jene aussortiert waren, die sie als dem ruf des SDS nicht angemessen ansahen. Als wir schließlich anfingen, klumpte die der genehmigungspflicht wegen geplante picketing-line bald und schließlich liefen wir unter polizeischutz auf dem äußersten rand der fahrbahn und dem bürgersteig. Für die mit verschiedenen intentionen zustande gekommene demonstration fühlte sich niemand verantwortlich, keiner hatte

lust, irgend etwas anzufangen. Man machte sich lustig über zehnergruppen mitlaufender "zivilisten" mit identisch geschnittenen blauen hosen und ernsten gesichtern, trank zwischendrin in einer kneipe ein bier und eine kurze ruhepause mitten auf einer kreuzung kam mehr zufällig als gewollt zustande. Die polizisten verbreiteten psychologische mätzchen über lautsprecher und niemand ließ sich etwas dazu einfallen, das konsulat war zentraler treffpunkt zum herumstehen und auf dem bürgersteig schließlich verlief sich das ganze. Die de-escalation näherte sich ihrem endpunkt.

Letzte nachwirkungen der großen drohung zeigten sich bei der vorbereitung einer demonstration am 4.3. mit spanischen arbeitern, die ruhig verlaufen mußte, weil niemand abgeschoben werden sollte. Wer auch immer das gerücht ausgestreut hatte: genossen warnten die MV vor der provo-absicht, zum amerikanischen oder spanischen konsulat zu ziehen (die nahe beieinander in einem abzweig vom demonstrationsweg liegen), gewerkschafter erzählten, sie hätten bestürzt davon gehört, und polisten bewachten die beiden gebäude scharf. Die demonstration verlief wie geplant: ruhig. Krach gab es lediglich mit der gewerkschaft, aber aus anderen gründen.

Als mitte februar von dem bauzaun an der uni, an den wir plakate ankleben und -heften, seit er steht, zwei tage nach einem von studenten verhinderten versuch uniformierter polizisten, eine SDS-wandzeitung abzureißen, die plakate aller gruppen vom bauzaun abgekratzt wurden und schilder mit der aufschrift "plakate ankleben verboten!" ihre stellung einnahmen, da der bauzaun noch anderswo verwandt werden solle und durch (auf eine schon recht dicke papierschicht) geklebte plakate beschädigt werde, geschah nichts. Der zaun war nicht einmal am nächsten tag neu mit papier beflastert.

Nächsten samstag gehen wir alle schwimmen.

Burkhard Bluem
23.4.1967

III. INNERVERBANDLICHE SCHULUNG IM SDS

a) Kritik am Programmentwurf (Deppe/Steinhaus)

I. Kritik des vorliegenden Programmentwurfs von Deppe/Steinhaus. (Korrespondenz Nr. 4)

Das Ausbleiben von Stellungnahmen zu dem vorgelegten Entwurf eines Schulungsprogramms veranlaßte bisher die Autoren zu einer "realistischeren Einschätzung unseres Verbandes" und zum Rücktritt vom Schulungsreferat, den Bundesvorstand dagegen zu der Erklärung, der Verband sei "unfähig, von einer a. o. DK (anläßlich des Schulungsprogramms) sinnvoll Gebrauch zu machen." Ihm wäre zu raten, einen neuen Verband zu wählen. Da ihm aber andererseits einstweilen "das Gesamtresultat der politischen Handlungen des SDS noch über die Gesamtheit seiner heterogenen Verfassung hinauszuweisen" scheint, sollten, wenn bei dem bestehenden Bedürfnis nach einem Schulungsprogramm die mangelnde Resonanz auf den vorliegenden Entwurf als Ablehnung verstanden werden kann, neue Versuche unternommen werden, jenes Gesamtresultat als Bedingung der notwendigen Schulungsarbeit in der Form eines Programmentwurfs zu analysieren.

Unter der Voraussetzung dieser Notwendigkeit eines Alternativprogramms ist der Deppe/Steinhaus-Entwurf nur als Ganzes, nämlich in dem ihm zugrundeliegenden Begriff von Praxis zu kritisieren. Eine Kritik der Berliner Gruppe an dem Entwurf ist uns nicht bekannt. Die in der Korrespondenz 5 zitierten Bezeichnungen des Entwurfs als "abstrakt", "autoritär" und "Reproduktion des bestehenden Wissenschaftsbetriebs" werden jedoch von Reiche/Gäng durch die Behauptung bestätigt, der Verband werde von der Möglichkeit "begründeter Änderungsvorschläge" (Deppe/Steinhaus) keinen sinnvollen Gebrauch zu machen wissen. Die Forderung nach begründeten Änderungsvorschlägen ist die autoritäre des etablierten arbeitsteiligen Wissenschaftsbetriebs nach effektiver Auswahl des Stoffs für die Bearbeitung durch ein fertiges, begründendes, selbst nicht reflektiertes Kategoriensystem. Abgesehen davon, daß der Entwurf in seiner enzyklopädisch-systematischen Gestalt Gegenstand historisch-materialistischer Kritik zu sein hätte, - dem Nichtexperten, den die theoretische Schulung doch erreichen soll, dürften die Vermittlungsinstanzen zwischen den abstraktesten gesellschaftlichen Kategorien und seiner eigenen Praxis kaum erkennbar werden.

Die Abstraktheit zuweilen sozialwissenschaftlich geläuterter marxistischer Kategorien kann nicht durch die Verwendung kontingenten historischen Anschauungsmaterials aufgehoben werden. Es ist nicht einzusehen, wie die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise dadurch wirksamer erklärt werden soll, daß die Frühphase an der industriellen Revolution in England, der Zusammenhang von Monopolkapitalismus und Faschismus ausschließlich am Großdeutschen Reich demonstriert wird, nur weil es hier oder dort jeweils

klassischer zugeht, d.h. die gesellschaftliche Realität der jeweiligen Periode "noch am ehesten dem Modell entspricht."

Der Entwurf reproduziert ebenso wie der von Deppe/Steinhaus in der neuen kritik 38/39 entwickelte Begriff von Praxis die Widersprüche der gesellschaftlichen Funktion des SDS als Hochschulgruppe und als einzige legale sozialistische Organisation in der BRD. Einerseits sind die Arbeitsverhältnisse an den einzelnen Universitäten Basis der theoretischen Arbeit des SDS, andererseits sind diese Arbeitsverhältnisse Teil des Wissenschaftsbetriebs der kapitalistischen Gesellschaft, an dem sozialistische Praxis am ehesten, wenn nicht, wie es zumindest die jüngste hochschulpolitische Resolution des Berliner Landesverbandes fordert, in der gegenwärtigen Situation ausschließlich ihren Ort hätte. Soll sozialistische Theorie, die "aus den Widersprüchen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Möglichkeit ihrer Transformation ableitet", nicht in einem perfektionistischen Apparat "sozialwissenschaftlicher Grundbegriffe" dingfest gemacht werden, müssen die ideologischen Implikate der etablierten wissenschaftlichen Disziplinen, zumal der sozialwissenschaftlichen, reflektiert werden. Jeder Zweig eines sich nach Deppe/Steinhaus eigener Einsicht zunehmend mit dem organisierten Kapitalismus arrangierenden Wissenschaftsbetriebs hat mehr oder minder vermittelte, also mehr oder weniger schwer erkennbare ideologische Funktionen, selbst die Mathematik, geschweige denn die Soziologie als Klassifikation von empirischem Faktenmaterial durch den Fakten und ihrem Kontext äusserliche Kategorien. Diese wären von marxistischer Kritik als das Instrumentarium einer reformistischen Theorie zu kennzeichnen, die durch die Analyse partikularer isolierter Prozesse von ihrer apologetischen Funktion ablenkt.

Der vorliegende Abriß einer Universalgeschichte der kapitalistischen Gesellschaft ist die notwendige Folge einer gegenüber der intendierten Praxis verselbständigten Deskription innerkapitalistischer Interdependenzen. An ihrem nahtlosen formalen Zusammenhang wird sozialistische Praxis zu einer abstrakten Forderung, während ihre konkreten Möglichkeiten doch gerade an den Bruchstellen des Systems zu entwickeln wären, an denen der ideologische Schleier zerreißt und sein Zwangscharakter heute offener denn je in der Disziplinierung der Individuen hervortritt.

Die herrschaftsfreie Diskussion wird vorläufig die Illusion von Seminaristen bleiben. Objektiv ermöglicht sie das viel beschworene Bündnis mit tendenziell gleichgeschalteten Gewerkschaften, in deren friedliche Eintracht mit der akademischen Intelligenz freilich die Forderung nach Politisierung der Notstandsopposition wie "ein revolutionärer Aufruf des Spartakusbundes vom November 1918" einschlägt.

Ihren abstrakten Praxisbegriff versuchen Deppe/Steinhaus in der fragwürdigen Unterscheidung von "Praxis hier und jetzt; und "Praxis hier und später", die auf einer "Intensivierung der politischen

Arbeit hier und jetzt" beruhen solle, zu konkretisieren. Für ihre Polemik gegen eine revolutionäre Praxis hier und jetzt konstruieren sie sich ihren Gegner, es sei denn, man sehe Berliner Eier- und Puddingwerfen als revolutionäre Praxis hier und jetzt an. Umgekehrt ist politische Arbeit hier und jetzt, die Vorbereitung von Praxis hier und später (die inhaltlich zu unterscheiden wäre) sein soll, doch selber wohl bereits Praxis, und zwar in der nach Deppe/Steinhaus' eigener Analyse der gegenwärtigen objektiven Bedingungen sozialistischer Praxis subjektiv einzig möglichen Form: als mit der konkreten bestimmten "Bloßlegung des Klassencharakters der kapitalistischen Gesellschaft" vermittelte theoretische Arbeit. Diese hätte jedoch in einer Umkehrung des Deppe/Steinhaus-Entwurfs zu verfahren, diesen nämlich vom Kopf auf die Füße zu stellen. "Die Frage der Bedingungen falschen gesellschaftlichen Bewußtseins" kann nicht als das Resultat eines virtuell falsches Bewußtsein produzierenden Schulungsprogramms behandelt werden, sondern nur als das unartikulierte Unbehagen der Studenten, dessen bestimmte Ursachen theoretische Arbeit aufzuschlüsseln und gesellschaftlich zu erklären hätte.

Angesichts der oben aufgezeigten Mängel des vorliegenden Entwurfs kamen wir überein, der Kritik am Seminarsozialismus der Marburger ein eigenes Alternativprogramm folgen zu lassen. Die Vorbereitungen für's neue Semester zeigen uns überdies, daß ohne ein an den konkreten Verhältnissen der zu Schulenden orientiertes Programm kontinuierliche Praxis nicht zu leisten ist. Und das wird um so bedenkenswerter, je deutlicher uns das zu mobilisierende Subjekt, die Studentenschaft, vor Augen tritt. Ganz zu schweigen davon, daß ein darüber hinaus zu entwickelndes Arrangement mit Arbeitern ohne die Einsicht in die eigene Situation verbaler Pragmatismus bleiben muss und wird.

II. Rohentwurf eines Alternativprogramms

> "Eine allgemeine Einleitung, die ich hingeworfen hatte, unterdrücke ich, weil mir bei näherem Nachdenken jede Vorwegnahme erst zu beweisender Resultate störend scheint, und der Leser, der mir überhaupt folgen will, sich entschließen muss, von dem einzelnen zum allgemeinen aufzuteilen."
> Karl Marx, Vorwort zur "Kritik der Politischen Ökonomie" von 1859.

Der gegen Semesterende gegründete Schulungsarbeiterkreis des SDS Bonn hat inzwischen mehrmals getagt. Er hat sich auf eine

spezielle Methodik geeinigt, mittels derer ausgehend von den konkreten Belangen der im SDS organisierten Genossen bis zu prinzipiellen Problemen der Basis schrittweise vorgestoßen werden soll. Wir möchten dieses Vorgehen schon im kommenden Sommersemester erproben. Mehr denn je kommt es dabei auf die Mitarbeit aller an.

Unserer Auffassung nach muß die Schulung dort beginnen, wo Deppe und Steinhaus aufgehört haben: bei dem Punkt "Gesellschaftliches Bewußtsein und sozialistische Strategie." Wir bereiten sie vor als die unerläßliche Vorstufe revolutionärer Tätigkeit, als Arbeit im engen Kreis "hier und jetzt" für die umfassendste Form revolutionärer Arbeit, die gewaltsame Aufhebung der Klassenwidersprüche "hier und später".

Es ist prinzipiell unmöglich, Theorie und Praxis als unabhängig voneinander lebensfähige Formen zu deklarieren. Beide sind durcheinander bedingt. Vernachlässigen wir die eine, ist es bald mit der anderen schlecht bestellt und umgekehrt. Eine charakteristische Art ihrer wechselseitigen Vermittlung auf niedriger Stufe stellt ein richtig durchgeführtes Schulungsvorhaben dar.
Davon haben alle methodischen Erörterungen auszugehen. Wir haben uns auf zwei besonders wichtige Gesichtspunkte geeinigt:

1. konkrete gesellschaftliche Prozesse sind zunächst empirisch zu analysieren, bevor zu ihrer dialektisch-materialistischen Verallgemeinerung geschritten wird, und zwar genau diejenigen, die den zu Schulenden am engsten auf der Haut sind.

2. es muß von dem Stand gesellschaftlichen Bewußtseins ausgegangen werden, der sich in den Teilnehmern <u>vor</u> dem Beginn der Schulung manifestiert.

Damit beabsichtigen wir, den bisherigen Usus, die Klassiker zu exegisieren, abzuschaffen. Sie können uns ohnehin nur lehren, wie marxistisch-leninistische Praxis in einer bestimmten Geschichtsperiode richtig bzw. falsch zum Zuge gekommen ist. Vor allem schalten wir damit den allgemein üblichen Mißstand aus, abstrakte Theorien über oft genug völlig undialektisch rezipierte jeweilige Gegenwart zu stülpen.

Wir gehen also von vornherein davon aus, daß ein ziemlich langer Marsch zu absolvieren ist, bevor wir dialektisch-materialistische Verallgemeinerungen in unseren Diskussionen werden anwenden können. Aber selbst dann darf sich kein mechanistischer Denkprozeß etablieren. Bekanntlich verändern sich gesellschaftliche Verhältnisse oft schlagartig und in großen Sprüngen. Haben wir die Methode ihrer richtigen Verallgemeinerung einmal kollektiv zu exerzieren gelernt, werden wir nicht mehr so leicht in den Fehler verfallen, Distanz zwischen veränderter materieller Basis und verallgemeinernder Theorie zu groß werden zu lassen. Das ist

gleichzeitig die unerläßliche Grundlage dafür, daß jeder Genosse selbständig zu denken und zu handeln lerne, ohne irgendwelche Anleitungen "von oben" undiskutiert hinnehmen zu müssen.

Das Schulungsprogramm dient gleichzeitig der Verbreitung der ihm zugrunde gelegten Theorie und Praxis. Jeder von uns muß fähig werden, unter erschwerten Bedingungen Zirkeltätigkeit zu organisieren, marxistische Gruppierungen theoretisch fundieren zu helfen, zu koordinieren und weitere Schritte vorzubereiten.

Mit dem Schulungsprogramm wendet sich der SDS vornehmlich an die fortgeschrittensten Studenten und älteren Schüler, eine kleinbürgerliche Schicht mit vorwiegend lumpenproletarischem Einschlag: ihre Mobilität ist außerordentlich hoch, die sozialen Verhältnisse sind ungeregelt und labil. Größere Revenuen sind meistens sehr eindeutige Konzessionen an die Regulative der herrschenden Klasse (Leistungsprinzip oder Abhängigkeit vom Elternhaus, der kleinsten Parzelle des sich zunehmend militaristisch organisierenden staatsmonopolistischen Herrschaftsapparats) geschuldet. Charakteristisch ist der für etwa 60 % mit dem Examen oft schlagartig einsetzende Aufstieg in die Ränge der middle income brackets, während der Rest ohne Examen mehr oder weni vegetiert (freie Mitarbeiter an Rundfunkanstalten, Publizisten, Gewerkschafts- und Abrüstungsfunktionäre usw.) Der mit tiefer Abhängigkeit verbundene Reproduktionsprozeß während des Studiums dient der reaktionär organisierten Akkumulation höherer Nerventätigkeit im Sinne des Monopolkapitals.

Von diesen Zusammenhängen hat jegliche Schulungstätigkeit auszugehen, sobald sie sich mit Studenten befaßt. Manche halten das für unmarxistisch und möchten sich lieber ganz als Bestandteile der Arbeiterklasse behandelt wissen. Solchen Genossen sollte man mit der Frage parieren, warum sie dann nicht die Konsequenzen ziehen und auch in concreto zu Repräsentanten der Arbeiterklasse werden.

Der erste Schritt der Schulungsarbeit muß also darauf ausgerichtet werden, den Teilnehmern zuerst einmal die eigene Klassensituation klarzumachen, und zwar auf doppelte Weise. Zunächst geht es darum, die Manipulation des Wissenschaftsbegriffs, nach welchem ihr Studium ausgerichtet ist, in allen Einzelheiten aufzuweisen: erstes Resultat der Schulung muß die Einsicht in die Absurdität der Studienfächer sein, die so organisiert sind, daß potentiell kritische Theorien permanent in einem Vorgang der Verselbständigung befangen bleibt. Da es sich dabei um nichts anderes handelt als um einen ständigen Verschleierungsprozeß der Klasseninteressen des Kapitals, wird es notwendig, darauf ausdrücklich hinzuweisen. Einerseits braucht das Kapital wissenschaftlich-empirische Theorie, um sich auf einem ständig wandelnden Niveau technisch zu reproduzieren, zum anderen ist es gezwungen, eben diese Theorie zu integrieren, auf daß sie nicht zum verändernden Hebel am Hauptwiderspruch zwischen korporativ-privater Aneignung

der Produkte und vergesellschafteter Produktion werde.

Es ist aber streng darauf zu achten, dass das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werde. Jedes Schulungsthema soll auf dem vorangegangenen aufbauen, denn es ist viel Geduld nötig, sollen die Teilnehmer der ihnen immanenten Ausflüchte und Sackgassen, die bei uns allen der revolutionären Prasix vorgebaut sind, wahrhaft ledig werden.

Alternativ dazu könnte in der ersten Schulungsphase auch zunächst auf die Auswirkungen der sozialen Labilität der Studenten eingegangen werden, die sich mit dem Begriff der Studentenneurose sicher nur sehr unzutreffend umreißen lassen; wie überhaupt der vorliegende Vorschlag die Eigenständigkeit der künftigen Schulungsorganisatoren fördern statt beeinträchtigen soll: es wird an ihnen liegen, die Aufeinanderfolge des Programms in Zusammenarbeit mit dem Schulungskollektiv zu entwickeln.

Vor allem sexuelle Probleme sollten nicht unerörtert bleiben, die wie jede Dysregulation im gesellschaftlichen Überbau, sich auf sehr handgreifliche Voraussetzungen der Basis zurückführen lassen. Wird dies beachtet, wird die Gefahr, bei der Diskussion der Mittel bourgeoiser Therapie (z.B. Psychoanalyse, aber auch der Autoren der sogenannten sexuellen Revolution) in einer individuellen Vorstufe hängenzubleiben, nicht unüberwindlich sein. Um die dem Kapitalismus generell eigene Versachlichung gesellschaftlicher Beziehungen zugungsten der Vergesellschaftung sachlicher etwas fundierter nachzuweisen, könnte auf dieRolle der Werbung und die durch sie besonders intensiv geübte Manipulation intimer Bedürfnisse eingegangen werden.

Diese beiden ersten Ansatzpunkte - Manipulation der Wissenschaft, Manipulation gesellschaftlicher Bedürfnisse - sollten in einem Abriß der Theorie der Manipulation zusammengefaßt werden. Obwohl eine Analyse der gegenwärtigen Ideologie des Kapitals ohne historisches Fundament schwer möglich ist, sollte auf die gesellschaftlichen Konsequenzen der Theorie der "formierten Gesellschaft", der "konzertierten Aktion" als des nationalökonomisch gekleisterten Nachfolgers der Erhardideologie und schließlich der Notstandsgesetzgebung hingewiesen werden. Der durch sie induzierte Militarisierungsprozeß wäre wiederum - wenn auch nur an wenigen Ansatzpunkten - auf seine konkrete Voraussetzung, nämlich die Notwendigkeit, angesichts sich verstärkender Überproduktion bei gleichzeitigen Marktverlusten in der revolutionären Peripherie den Weg der unproduktiven Produktion bis zuletzt zu gehen, hin zu überprüfen.

Der zweite Schritt des Schulungsprogramm sollte, auf dem ersten aufbauend, die historischen Kenntnisse vermitteln, die Voraussetzung für die Überwindung fortgeschrittener linksintellektueller Positionen sind. Ansatzpunkt wäre eine Analyse der Geschichtswissenschaft in Westdeutschland selbst. Damit böte sich zum zweitenmal die Möglichkeit, angeblich wertfreie Wissenschaft kritisch zu über-

prüfen. Dieser Ansatz wäre im weiteren zu einer Analyse der deutschen Geschichte seit Weimar auszubauen. Im Gegensatz zur nichtmarxistischen historischen Methode wäre der Gegensatz zwischen Kapitalisten- und Arbeiterklasse und die Rolle der im Faschismus vorübergehend virulent gewordenen Mittelschichten zu untersuchen. Dabei gehe man methodisch möglichst so vor, als ob das Hauptelement der Bewegung der Geschichte, das im Klassenkampf erstarkende revolutionäre Subjekt, zum erstenmal in seiner ganzen Bedeutung zu definieren wäre. Das vermag lange Expurse in nicht mehr allzurelevante historische Prozesse vor dem deutsch-französischen Krieg 1870 - 71 zu ersetzen. Gleichzeitig könnte die Rolle der Avantgarde der Arbeiterklasse anhand der von ihr in Deutschland gemachten Fehler bestimmt werden. Ein Vorschlag zur Gliederung dieses Abschnitts findet sich in dem im Anhang wiedergegebenen Programmvorschlag.

Im dritten Abschnitt wäre, ausgehend von der inzwischen vermittelten Einsicht in historische Prozesse, eine Revision der voraufgegangenen Stufe angezeigt. Die bisher vernachlässigte entscheidende Komponente historischer Entwicklung, die Entwicklung der Produktionsverhältnisse seit etwa 1870, wäre im Nachhinein zu entwickeln und mit den Auswirkungen auf den Motor der Geschichte, den Klassenkampf, in Verbindung zu bringen. Die wachsende Organisierung des staatsmonopolistischen Kapitals wäre sodann hinsichtlich ihres Einflusses auf die Wissenschaft erneut zu untersuchen. Die Teilnehmer der Schulung - als sich organisierende Partikel eben dieses staatsmonopolistischen Wissenschaftssystems - müßten dann an eine klare Definition ihrer revolutionären Ziele herangeführt werden. Es müsste von ihnen selbst entwickelt werden, daß diese Ziele von einer - freilich an Bedeutung immer mehr gewinnenden - gesellschaftlichen Rand- und Übergangsschicht allein nicht durchgesetzt werden können. Der effektiviste Bündnispartner der revolutionären Intelligenz der Metropolen sind die Arbeiter. Zur Definition des entwickelnden Bündnisses ist eine Analyse dieses Bündnispartners nötig. Damit wären wir beim letzten Programmpunkt, der Analyse des gegenwärtig ablaufenden historischen Prozesses.

Um statische Betrachtungsweisen auszuschließen, sollte er vom Aspekt der technisch-wissenschaftlichen Revolution her untersucht werden. Ihre Auswirkungen auf die Klassen in Westdeutschland, vor allem die Arbeiterklasse, wären darzustellen, wobei die Ursachen des gegenwärtig kaum vorhandenen Klassenbewußtseins der Arbeiter besonders sorgfältig analysiert und Perspektiven seiner künftigen Entwicklung diskutiert werden sollten. Sicher wird dabei ohne eine Einführung in die politische Ökonomie der Gegenwart nicht auszukommen sein.

Angesichts der Stabilisierung seiner Binnenfront ist das westdeutsche Kapital in der Lage, sich zunehmend imperialistisch und neokolonialistisch zu etablieren. Ausgehend von den innenpolitischen

Voraussetzungen wäre nunmehr eine Analyse des sich immer mehr über-national koordinierenden Imperialismus am Platz: Westdeutschlands Rolle in der EWG, seine Teilhaberschaft am koordinierten Neokolonialismus in den nicht industriealisierten Ländern.

Damit bietet sich endlich ein Übergang zur Beurteilung des westdeutschen Imperialismus im Rahmen der heute am weitesten fortgeschrittenen revolutionären Kämpfe zwischen hochindustrialisierten Metropolen und nicht industrialisierter Peripherie. Da der SDS mit den Mitgliedern revolutionärer europäischer und nichteuropäischer Organisationen (Studenten!) besonders leicht zu kommunizieren vermag, ist die abschliessende Einschätzung des antiimperialistischen Kampfes an einer wichtigen Binnenfront der Metropolen von entscheidender Bedeutung. Theorie und Praxis werden sich heute mehr denn je in der Verbindung zwischen territorial begrenzter und international koordinierter Tätigkeit zu bewähren haben.

Anhang

Programmübersicht (Rohentwurf)

A) Manipulation der Gesellschaft in der Ära des organisierten staatsmonopolistischen Kapitalismus

a) Studenten als soziale Randgruppe: "Studentenneurose"; zur Kritik systemimmanenter Therapie (Psychoanalyse); zur Problematik der individuellen Emanzipation und ihrer Integration im Reproduktionsprozeß des Kapitals (Warenfetischismus, Werbung)

b) Manipulation der Wissenschaft; Kapital und Wissenschaftsbetrieb; Manipulation der "Kultur"

c) Theorie der Manipulation: "formierte Gesellschaft", "konzertierte Aktion", Notstandsgesetzgebung.
Die Basis der Ideologie des Kapitals: unproduktive Produktion.

B) Manipulation der Geschichte

a) Kritik der westdeutschen Geschichtswissenschaft

b) Deutsche Geschichte seit Weimar

ba) Die Klassenkämpfe der Weimarer Republik; die Politik der KPD, KPD und Komintern

bb) Der Nationalsozialismus. Ökonomische und gesellschaftliche Grundlagen, Organisationsformen. Faschismus heute: zur Anwendbarkeit der gängigen Faschismustheorien.

bc) Geschichte Deutschlands 1945-49. Die Politik der KPD/SED.

bd) BDR und DDR: Geschichte zweier Wege. "Deutschlandpolitik heute.

C) Deutsche Wirtschaftsgeschichte: zur wachsenden Organisiertheit des staatsmonopolistischen Kapitals

a) Die Entwicklung des Monopolkapitals seit 1870/71. Vor allem 1945 - 49: Kontinuität oder "Neubeginn"?

b) Analyse der Klasse des Kapitals und ihres Herrschaftsapparats in Westdeutschland: BDI, BDA, DIHT, Bundesverband des privaten Bankgewerbes; Bankkapital; die größten Monopole; Manipulation des westdeutschen Staatsapparats durch das Kapital; Kapital und parasitärer Unterdrückungsapparat

D) Technisch-wissenschaftliche Revolution; ihre Auswirkungen auf die Klassen in Westdeutschland. Politische Ökonomie der Gegenwart (der Übergang von der vollmechanisierten Produktion auf automatische Fertigungsprozesse). Klassenanalyse.

E) Westdeutscher Imperialismus und globale Konterrevolution

a) Übernationale Wirtschaftspolitik: Ursachen und Perspektiven (Montanunion, EWG)

b) Westdeutscher Neokolonialismus

c) Land erobert Stadt? Zur Verbindung zwischen nationalem Befreiungskampf der Peripherie und revolutionärer Praxis in denZentren des Kapitals

b) Ein Arbeitskreismodell

Sozialistischer Deutscher Studentenbund
Gruppe München

Arbeitskreis SS 67

I. Vorbemerkung

Nachdem das Schulungsprogramm des SDS in seinem Embryonalstadium bereits auf Schwierigkeiten gestoßen ist (vgl. SDS-Korrespondenz Nr. 5), sollte die allseitig als notwendig erkannte Schulungsarbeit - und deren Reform, soweit sie unzureichend bereits betrieben wird - auf eine Basis gestellt werden, die man etwa als eine Art Vorstufe zur eigentlichen systematischen Schulung in marxistischer Gesellschaftstheorie begreifen kann.

Dabei sollte von zwei Erfahrungen ausgegangen werden:

Erstens von der negativen mit SDS-Arbeitskreisen, in denen gewöhnlich folgende zwei Typen realisiert werden: (a) Der Arbeitskreis reduziert sich aufs gemeinsame "Kapital"-Lesen und da gerade die ersten Kapitel sehr abstrakt sind, man jedoch ahnt, daß man sie nicht übergehen kann, die fehlenden

konkreten Bezüge, die Sinnhaftigkeit eines solchen AKs nicht unmittelbar einsichtig machen (man kann ja das "Kapital" auch alleine lesen), schläft ein solcher AK erfahrensgemäß bis auf wenige Aktivisten ein. (b) Der AK gibt sich ein Programm mit verschiedenen mehr oder weniger aufeinander bezogenen Themen, als Referate verteilt, die dann vorgetragen und diskutiert werden. Die aktive Teilnahme beschränkt sich auch hier meist auf die Aktivisten oder/und ältere Genossen mit tendenziell patriarchalischen Allüren. Die Diskussion wird zumeist - natürlich - von dem Referenten und einigen Spezialisten usurpiert oder von Nicht-Spezialisten in langweiliges Hauptwiderspruch-Nebenwiderspruch-Geschwätz pervertiert.

Die Schulung der jüngeren Genossen wird mangels induzierbarer Aktivität bzw. wegen Repression ihrer Schulungsbedürfnisse nicht erreicht.

Zweitens die positive Erfahrung: Insbesondere in der Jugendbildungsarbeit der Gewerkschaften ist - hier und da, nicht überall! - Erfolg damit erzielt worden, daß die Ansprüche an die Teilnehmer in Bezug auf den Umfang des Stoffs zurückgeschraubt worden sind zu Gunsten der Methode des "exemplarischen Lernens" verbunden mit einer aktiven Einschaltung der Teilnehmer in den Lernprozeß, indem sie Texte erhalten, die sie selbständig in kleinen Gruppen von 4 bis 6 Mann lesen, diskutieren, kritisieren und anschließend im Plenum referieren. Es kommt hier nicht darauf an, das eigene kollektiv oder individuell akkumulierte Wissen des Herrn Referenten vorzulegen, zu referieren, sondern die Erarbeitung von Kenntnissen zur Einsicht in die eigene gesellschaftliche Situation auch in der AK-Struktur bereits zu verankern. Für den AK-Leiter ergibt sich dabei vor allem die Aufgabe, das erarbeitete partielle Wissen zu integrieren.

II. Zur Methode

Ausgehend von diesen Erfahrungen haben wir folgendes Arbeitskreisprogramm ausgearbeitet, daß im SS 67 im SDS-München durchgeführt werden soll:

1. Die AK-Struktur muß bereits so angelegt werden, daß die aktive Teilnahme gesichert ist. Die Teilnehmer verteilen sich auf etwa 5 Gruppen jeweils von 4-6 Genossen, von denen jede Gruppe einen kurzen, nicht mehr als 10-15 Seiten starken, aber gut ausgewählten und auf das Thema des Abends bezogenen Text zur Durcharbeit erhält. Jede Gruppe soll vor Beginn des Arbeitskreises ihren Text gemeinsam lesen, diskutieren, kritisieren und eine Inhaltsangabe der in der Gruppe geführten Arbeit und Kritik im Plenum vortragen. Dem AK-Leiter fällt nun die Aufgabe zu, in der Generaldiskussion zu helfen, daß das partiell erarbeitete Wissen zu einer Einheit unter dem gestellten Thema integriert wird. Dazu ist es notwendig, daß der AK-Leiter sich sehr gut auf das Thema vorbereitet und alle Texte kennt. Da aber die AK-Struktur in der Anlage relativ unabhängig von einer

bestimmten Person ist (denn es wird kein Referent oder Diskussionsleiter gebraucht), wechselt der AK-Leiter von Abend zu Abend.

2. Da es bei dem AK auf das "exemplarische Lernen" ankommt, müssen zur Durcharbeit entsprechend "exemplarische" Texte ausgewählt werden. Das dürfte nicht einfach sein und beansprucht die aktive Mitarbeit der Genossen, die ein Gebiet einigermaßen überschauen. Deswegen wurde zur Vorbereitung des AK eine kleinere Gruppe gebildet, die während der Semesterferien die Thematik aufgegliedert und die benötigte Literatur ausgewählt hat. Thematik und Literatur sowie "technische und didaktische Hinweise" können auch anderen Gruppen zur Verfügung gestellt werden, da ein einmal erarbeitetes AK-Programm beliebig oft und von beliebig vielen Gruppen angewendet werden kann.

3. Wir haben uns bemüht, fünf Texte pro Abend unter folgenden Gesichtspunkten zu gliedern:

a) ein Text von Marx, Engels, Lenin oder/und anderen Klassikern.
b) Text eines modernen marxistischen Autors,
c) Text eines bürgerlichen Autors,
d) Soweit von der Sache her möglich, sind Artikel aus allgemein zugänglichen Zeitschriften (z. B. nk, Argument u. a.) genommen worden; da das nicht durchgehend möglich war, muß ein Genosse dafür verantwortlich sein, daß zum entsprechenden AK-Termin die Literatur aus Bibliotheken oder von entsprechenden Genossen entliehen wird;
e) Nur in Ausnahmefällen ist ein fremdsprachlicher Text dabei.

III. <u>Zum Inhalt</u>

Im Arbeitskreis sollen Kategorien marxistischer Ökonomie erarbeitet werden. Denn ein Mindestwissen über ökonomische Verhältnisse im Monopolkapitalismus ist notwendige Voraussetzung für jegliche sozialistische Theorie und Praxis. Die im SDS weit verbreitete Unwissenheit über sozialökonomische Grundfragen unserer Gesellschaft hat oft zu einem unreflektierten, emotional gespeisten Praktizismus geführt. Praktizismus hat aber regelmäßig eine Desintegration der Gruppe zur Folge, da Kategorien zur theoretischen Auseinandersetzung entweder fehlen, fehlerhaft angewandt, oder monopolistisch von theoretisch fortgeschrittenen Genossen beherrscht werden. Insbesondere jüngere Genossen werden oft nach Eintritt in den SDS von praktischen Arbeiten verschlissen, ohne die Notwendigkeit dieser Praxis im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang immer überblicken zu können.

Wir müssen uns allen schon deshalb theoretische Grundkenntnisse aneignen, um nicht der Gefahr zu verfallen, aus praktischen oder agitatorischen Notwendigkeiten eine - notwendigerweise - falsche Theorie abzuleiten.

Man kann spätestens seit Entwicklung des Imperialismus die hochentwickelten kapitalistischen Staaten nicht mehr als relativ isolierte Gesellschaften analysieren. Vielmehr müssen Wechselbeziehungen zwischen hochentwickelten kapitalistischen Staaten, den sozialistischen Ländern und der dritten Welt in die Analyse mit einbezogen werden. Aus zeitlichen Gründen werden in diesem Arbeitskreis hauptsächlich Probleme des Monopolkapitalismus behandelt. Probleme der dritten Welt werden nur gestreift, die sozialistischen Länder garnicht behandelt. In Fortsetzungen der kommenden Semester sollen diese Fragen dann jeweils im Mittelpunkt stehen.

IV Arbeitskreisprogramm Sommersemester 1967

5.5.67 "Ursprüngliche Akkumulation des Kapitals"

1. Gruppe: Franz Mehring; Karl Marx, Geschichte seines Lebens, Bd. 3 Dietz 1964 (Gesammelte Schriften)
S. 367-370

2. Gruppe: Franz Mehring, a.a.O. S. 378-387

3. Gruppe: Karl Marx, Das Kapital Bd. I, 24.Kap.
S. 741-744, 770-772, 777-787,

4. Gruppe: Paul Baran; Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, Luchterhand 1966
S. 109-117

5. Gruppe: Max Weber; Die protestantische Ethik, Siebenstern Taschenbuch, München
S. 11-21

12.5.67 "Monopolkapitalismus und Imperialismus"

1. W.I. Lenin; Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus; (Ausgewählte Werke Bd. II) Moskau 1957
S. 839-848

2. Karl Marx a.a.O., 25. Kapitel
S. 792-802

3. Sweezy; Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Bund-Verlag, Köln 1959
S. 226-229, 230-232, 236-242

4. Rudolf Hilferding zitiert bei Iring Fetscher; Der Marxismus und seine Geschichte in Dokumenten; Bd. II, München 1964
S. 318-335

5. Wilfried Gottschalch; Strukturveränderungen der Gesellschaft und pol. Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding, Berlin 1962
(Hektographierte Analyse des SDS Marburg)

19.5.67 "Konkurrenzkapitalismus und Monopolkapitalismus"

(Fallende bzw. steigende Profitrate)

1. Baran/Sweezy; Monopoly Kapital, New York and London 1966
S. 64-72 (engl.)

2. Natalie Moszkowska; Zur Dynamik des Spät-Kapitalismus; Zürich/New York 1943
S. 16-20 (Steigende Profitrate)
S. 49-50, 56-58

3. Paul M. Sweezy; a.a.O.
S. 73-75, 81-82, 200-202, 214-219

4. Joseph A. Schumpeter; Kapitalismus-Sozialismus-Demokratie; Bern 1950
S. 162-175

5. Karl Marx Bd. III
S. 206-268

4. 26.5.67 "Problem der Kapitalverwertung"

(Unproduktive Konsumtion, Faux Frais)

1. Karl Marx; Theorien über den Mehrwert, Bd. I Berlin 1956
S. 115-116 und

Karl Marx; Das Kapital Bd. II, Berlin 1961
S. 125-127

2. Karl Marx: Marx an Kugelmann vom 11.7.1868

3. Rosa Luxemburg; Die Akkumulation des Kapitals Frankfurt/M. 1965
S. 431-440

4. Eduard März; Die Marxsche Wirtschaftslehre im Widerstreit der Meinungen, Verlag des ÖGB Wien 1959
Kapitel: Marx und Keynes
S. 195-212

5. Joan Robinson; Über Keynes hinaus Wien, Stuttgart, Zürich 1962
S. 16-23 und

Adolf Kozlik, Der Vergeudungskapitalismus
S. 305-307

5. 2.6.67 "Probleme der Kapitalverwertung" (Rüstungsökonomie)

1. Fritz Vilmar; Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Europäische Verlagsanstalt
S. 79-90

2. Theodor Prager; Wirtschaftswunder oder keines, Wien-Köln-Stuttgart-Zürich, 1963
S. 129-138

3. Adolf Kozlik; Der Vergeudungskapitalismus a.a.O.
S. 325-326, 329-337, 343-347, 357

4. Theodor Prager, SB-Konferenz; Die unwirtschaftliche Rüstungswirtschaft im Neokapitalismus, Rüstungswirtschaft, westeuropäische Arbeiterbewegung, Frankfurt/M 1966
S. 55-64

5. Gerhard Brandt; Rüstungswirtschaft in der BRD Berlin 1966
S. 290-295, 302-309

6. 9.6.67 "Probleme der Kapitalverwertung" (Wohlfahrtsökonomie) Adolf Kozlik a.a.O.
S. 315-323, 309-313

2. Fritz Vilmar; a.a.O.
S. 210-220

3. Joseph M. Gillmann, Wohlfahrtsstaat und Kapitalismus in Periodikum, München 1959 (Nr. 12)
S. 17-20, 30-36

4. Ursula Schmiederer, Schweden, "Sozialkapitalismus" und Neue Linke, nk Nr. 36/37, Juni/August 1966

5. Maurice Dobb; Vollbeschäftigung und Kapitalismus in organisierter Kapitalismus, Edition Suhrkamp, 1966
S. 41-57

7. 16.6.67 "Probleme der Kapitalverwertung" (Neokolonialismus)

1. Kurt Steinhaus, Zum Problem der kolonialen Revolution und Konterrevolution,
Verlag Neue Kritik
Zur Theorie der kolonialen Konterrevolut.
S. 49-53, 60-69

2. Paul Baran; Über die politische Ökonomie der unterentwickelten Länder in Unterdrückung und Fortschritt
Edition Suhrkamp 1966
S. 109-126

3. Hans-Dieter Boris; Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern u. westlichen Industriestaaten, Argument, Juni 1966
S. 173-183

4. Ebenda S. 183-193

5. Ebenda S. 193-Ende

8. 23.6.67 "Deutscher Faschismus"

1. Tim Mason" Der Primat der Politik - Politik u. Wirtschaft im Nationalsozialismus Argument Nr. 41
S. 73-82,

2. Ebenda S. 82-94

3. Griepenburg/Tjaden; Faschismus und Bonapartismus Argument Nr. 41
ganz

4. Johannes Agnoli; Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat
Argument Nr. 41
ganz

5. Paul Sering; Jenseits des Kapitalismus
3. Aufl., Nürnberg 1948
S. 109-120

9. 30.6.67 "Bundesrepublik nach 1945"

1. Imperialismus Heute - Dietz Verlag 1965
S. 82- 85 ab: die Eigenart der Situation
S. 113-115 ab: Betrachten wir die Periode
S. 130-132 ab: Die gesamte Periode
S. 136-140

2. Die Macht der 100 - Berlin 1966
S. 5-15

3. Jahresgutachten des Sachverständigenrates 66/67
Expansion und Stabilität - Stuttgart u. Mainz 1966
S. 1-7 und

Stellungnahme der Bundesregierung zum Sondergutachten des Sachverständigenrates vom März 1967

4. Elmar Altvater; Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders - nk 38/39
S. 13-16 und Elmar Altvater; Stabilisierte Wirtschaft nk Nr. 40,
S. 22-25

5. Franz Jánossy; Am Ende der Wirtschaftswunder - Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung
Budapest 1966
Seiten werden noch angegeben

10. 7.7.67 "Formierte Gesellschaft"

1. Opitz - 11 Thesen, Blätter für deut. u. intern. Polit.

2. Raymond Aron; Industriegesellschaft - menschlich oder unmenschlich, in Bergedorfer Protokolle, Hamburg/Bln. 1965
S. 10-35

3. Herbert Marcuse; Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung in Kultur und Gesellschaft I Edition Suhrkamp 1965
S. 30-44

4. Kogon-Abendroth-Ridder; Der totale Notstandsstaat, Stimme-Verlag, Ffm. 1965
hier: Abendroth, Notstand der Demokratie, die Entwürfe zur Notstandsgesetzgebung
S. 11-20, 47-51

11. 14.6.67 "EWG - Kapitalistische Blöcke"

1. Ernest Mandel; Zu einer Europapolitik der Gewerkschaften - nk Nr. 22
S. 10-14

2. E. Germain; Wachstum oder Zusammenbruch des gemeinsamen Marktes? Die Internationale Nr. 11/1 März 1966
S. 27-36

3. Theodor Prager; Europäische Integration in Th. Prager, "Wirtschaftswunder oder keines", Wien 1963
S. 143-156

4. E. C. Heinrich; Die Außenbeziehungen der EWG und ihre Stellung in der Weltwirtschaft Gewerkschaftliche Monatshefte 5/1966
S. 293-300

5. H. Bayer; Krise in der EWG? Gewerkschaftliche Monatshefte 6/63
S. 331-335

12. 21.7.67 Internationales Währungssystem

(Literatur wird noch angegeben)

13. 28.7.67 "Befreiungsbewegungen der Dritten Welt"

1. Carlos Fuentes; Rede an die Bürger der USA Kursbuch 2 1965
S. 56-71

2. Kurt Steinhaus; Zum Problem der kolonialen Revolution a.a.O.
S. 35-47

3. Franz Fanon; Von der Gewalt im internationalen Kontext - Kursbuch 2 1965
S. 47-35

4. Bo Gustavson; Die Misere der Entwicklungsländer nk Nr. 31

5. Ernesto Che Guevara; Partisanenkrieg - eine Methode Fazit-Reihe 1'66
S. 15-38

14.8.67 "Sozialistische Strategien Westeuropas"

Ernest Mandel - SB-Konferenz
Abendroth Interview im Zeitdienst
Erich Eisner, Facit Nr. 8
und andere aktuelle Stellungnahmen; die endgültige Literaturgrundlage wird zu gegebenem Zeitpunkt besprochen.

Die Diskussionen im Plenum beginnen jeweils gegen 20,00 Uhr.

Die Themen sind ziemlich umfassend, sie umgreifen wesentliche Problemkomplexe unserer Gesellschaft. Die Behandlung jedes Themas an einem Abend reicht für fundierte Kenntnisse selbstverständlich nicht aus; man wird es dem einzelnen Genossen überlassen müssen, entsprechend seinen Möglichkeiten und der Interessenlage weiterzuarbeiten. Dazu bedürfte es einer weiteren aufbauenden Literatur-Liste, die ebenfalls zusammengestellt werden muß.
Dieses Programm ersetzt also kein Schulungsprogramm; aber es kann zur Fundierung eines Schulungsprogramms beitragen, da - so hoffen wir - bisher brachliegende Aktivitäten in Richtung der absolut notwendigen Schulung geweckt werden können.
Selbstverständlich läßt sich ein solches Programm auch für andere Themenkomplexe aufstellen. Über die Richtigkeit und Notwendigkeit entscheidet die Praxis. Der SDS München wird zu gegebener Zeit über seine Erfahrungen mit dem Schulungsprogramm berichten.

IV. DIE NOTSTANDSVERFASSUNG (k.H. Roth)

Das großkoalitionelle Bundeskabinett hat am 10.3. eine neue Notstandsverfassung beschlossen, deren Wortlaut inzwischen der "außerparlamentarischen Opposition" bekanntgeworden ist.

Die Reaktionen sind zwiespältig. Sie reichen von scharfer Kritik bis zum optimistischen Nickerchen, das sich bei denen einstellt,

die da meinen, das Schlimmste abgewendet zu haben. Ulrike Marie Meinhof z.B. frohlockt: "Was jahrelang unverzichtbar schien, ist unter den Tisch gefallen: nur vier, nicht mehr sieben Tage lang soll einer ohne richterlichen Entscheid festgenommen werden dürfen; die Abgrenzung zwischen erlaubtem Arbeitskampf und verbotenem politischen Streik soll erst später erfolgen: die Dienstpflicht der Frauen entfällt ..." 1)
Um nur auf das letzte Erfolgsargument, die angeblich entfallene Frauendienstpflicht, einzugehen; zwar heißt es im neuen Entwurf (Artikel 12, Satz 6) tatsächlich: "Zu einem Dienst mit der Waffe dürfen Frauen in keinem Fall verwendet werden." Meinhof übersieht aber, dass der ehemalige Artikel 12, Absatz 4 desEntwurfs vom 31.5.1965 ("Zum Zivildienst im Verband der Streitkräfte dürfen Frauen nicht gegen ihren Willen herangezogen werden") im neuen Entwurf stillschweigend fallengelassen worden ist, während der Passus, auf den sie sich bezieht, auch schon im Entwurf von 1965 zu finden war. Tatsächlich wird es in Westdeutschland keine weiblichen Soldaten geben, dafür aber zivildienstpflichtige Frauen in der Bundeswehr.

Der neue Entwurf hat also seine Tücken. Er stellt einen mit außerordentlicher Raffinesse verschärften dritten Anlauf dar, wie er ohne SPD-Beteiligung nicht möglich gewesen wäre. Die Kritik, die ihm vonseiten des "Kuratoriums Notstand der Demokratie"hinsichtlich verfassungsrechtlicher Fragen zuteil wird, ist voll berechtigt. Vor allem die Funktion des noch mehr als bisher in den Vordergrund geschobenen "gemeinsamen Ausschusses" wird richtig erkannt: "Der "Gemeinsame Ausschuß wird ... zum pseudoparlamentarischen Feigenblatt einer rein exekutiven Diktaturpraxis gemacht, die die gesamte Bevölkerung in psychologischer Mobilmachung halten kann." 2)

Sicher mißt man dem Entwurf zu große Bedeutung bei, macht man sich daran, ihn in allen Einzelheiten zu analysieren und mit den früheren Vorlagen zu vergleichen. Deshalb sei kurz zusammengefaßt:

1) die neue Vorlage führt - mehr als jede vorherige - das Grundgesetz vollends ad absurdum. Die Armeespitze und das interfraktionelle Konsortium erhielten weitere Exekutivvollmachten zugesprochen und werden noch enger miteinander koordiniert. Der endgültigen Integration der Gewerkschaften scheint man sich dabei so sicher zu sein, dass man bereit ist, sie bei gleichzeitiger Militarisierung ihrer Basis fortbestehen zu lassen. "Konzertierte Aktion" und eine sich immer mehr dem Postulat der "produktiven Kreditschöpfung" des ehemaligen NS-Wirtschaftsministers Schacht annähernde monopolkapitalistische Ökonomie (beide finden bei Brenner viel Beifall) weisen den kommenden Weg, der mit der Notstandsverfassung freilich nur seine Überdachung erhält.

2) Auch der direkte politische Überwachungsapparat kommt besser weg als je zuvor. U.a. wird zum erstenmal die in Artikel

10 des Grundgesetzes eingebaute Klausel, nach der Brief- und Postgeheimnis durch Gesetz aufgehoben werden können, genutzt. Es wurde vom Kabinett gleich in allen Einzelheiten mitgeliefert. Fortan sollen ganze Bereiche des Post- und Fernmeldeverkehrs überwacht werden können. Der Bundesnachrichtendienst hat damit das seit Jahren von ihm geforderte Recht zur Gruppenüberwachung durchgesetzt.

3) Daneben gibt es neue Passagen in den klassischen "Notstandsartikeln" 12, 53, 91, 115, die teilweise grotesk anmuten, vergleicht man sie mit dem Text der früheren Entwürfe, in die sie eingefügt worden sind.
So wurde z.B. ein neuer dritter Absatz in den Artikel 12 eingebaut, an dem es nichts mehr zu interpretieren gibt:
"Für Zwecke der Verteidigung kann im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der Streitkräfte und der Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Freiheit, die Ausübung des Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, eingeschränkt werden, wenn die Bundesregierung mit Zustimmung des Gemeinsamen Ausschusses feststellt, daß dies zur Herstellung der erhöhten Verteidigungsbereitschaft oder zum Schutz der Zivilbevölkerung unerläßlich ist. Die Bundesregierung hat die Feststellung aufzuheben, wenn der Bundestag und der Bundesrat es verlangen." Damit ist zum ersten mal die "verfassungsmäßige Basis" für ein Zwangsarbeitsgesetz geschaffen, das einerseits die gesteigerte Nachfrage des organisierten Kapitals nach grösserer Mobilität von Arbeitskraft befriedigt, zum andern für die Ausweitung des Sektors der unproduktiven Produktion von Rüstung unerläßlich ist. Es soll demnächst als "Arbeitssicherstellungsgesetz" eingebracht werden.
Die zunehmende Militarisierung des Produktionsprozesses hinterläßt also auch im neuen Entwurf der "Notstandsverfassung" deutliche Spuren. Angesichts der Sorgfalt, die das westdeutsche Kapital seit etwa 1951 darauf verwendet, sie nach bewährtem nationalsozialistischem Vorbild bei gleichzeitiger Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse voranzutreiben, sollte man aber streng darauf achten, daß sie nicht nur vom äußersten Zipfel ihres "verfassungshistorischen" Verlaufs beobachtet wird. Freilich genügt schon die Analyse dieses Zipfels, um die gegenwärtige politische Praxis der SPD als wahrhaft sozialfaschistisch auszuweisen, mag dieser Begriff historisch noch so umstritten sein.

4) Die von der Notstandslobby in den letzten Jahren entwickelte Demagogie hat sich im neuen Entwurf allenthalben niedergeschlagen. In Satz 1 von Artikel 91 wurden beispielsweise folgende Passagen neu eingefügt (sie sind im Zitat unterstrichen): "Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche Demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes <u>sowie zur Bekämpfung einer Naturkatastrophe oder eines besonders schweren Unglücksfalles</u> kann ein Land

Polizeikräfte anderer Länder, Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen sowie des Bundesgrenzschutzes zur Hilfe anfordern. Reichen diese Kräfte zur Bekämpfung einer Naturkatastrophe, eines besonders schweren Unblücksfalles oder eines bewaffeneten Aufstandes nicht aus, so kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates Streitkräfte als Polizeikräfte zurVerfügung stellen."
Man hat also besonderen Wert darauf gelegt, den taktischen Schachzug, im Entwurf nur noch die "äußere Gefahr" als notstandsauslösendes Agens auftreten zu lassen statt wie bisher einen "inneren Notstand" mit zu beschwören, durch den Hinweis auf "bewaffnete Aufstände" überzukompensieren. Diese deckt man gleichzeitig durch Gleichschaltung mit "Naturkatastrophen" und "Unglücksfälle"ab. Freilich besteht bei den bundeswehrtreuen Theoretikern des "verdeckten Kriegs" die Auffassung "bewaffneter Aufstand" sei prinzipiell identisch mit "äußerer Gefahr." Wahrscheinlich vermögen sie sich andere Verhältnisse als die in Europa übliche "Fremdleitung" ehemals revolutionärer Kräfte nicht vorzustellen.

Der neue Entwurf der Notstandsverfassung ist ein weiterer Schritt hin auf eine totale konterrevolutionäre Strategie im Innern. Mögen ihr vorab noch straffe außenpolitische Zügel angelegt sein: die ihr anhaftenden absurden und perfektionistischen Züge werden an dem Tag in blutigen Terror umschlagen, an dem es gilt, eine "äußere Gefahr" zu provozieren oder aber eine konsequente interne Opposition zu vernichten.

Anmerkungen
1) U. M. Meinhof, Der dritte Entwurf
Konkret, April 1967, S. 2

2) Kuratorium Notstand der Demokratie; Pressedienst (April) 67.

V. SDS und SPD

Haben wir zur SPD noch ein Verhältnis? Während man auf der außerordentlichen SHB-Delegiertenkonferenz nach der großen Koalition laut gegen die Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses zwischen SPD und Korporationen protestierte und die Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses zwischen SPD und SDS forderte (stattdessen oder mit der gleichen Begründung?), sagte Reiche im SPIEGEL (6/1967):"Als wir von der Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses mit den Korporationen hörten, haben wir bloß gelacht."

Jetzt hat sich Reiche auf der Delegiertenkonferenz des SHB in Bochum daneben benommen. Nach dem zweiten Satz seiner Gruß-

adresse verliessen 4 Delegierte demonstrativ den Saal, nach dem fünften Satz noch einmal ein paar. Hinterher wurde Reiche vom Präsidium getadelt: er habe das Gastrecht mißbraucht. Da meldeten sich aber die Linken: Nach zwei Tagen Begrüssungs- und Antragsgeschwätz sei die Rede von Reiche die erste politische Äusserung auf dem Kongress gewesen; ausserdem habe das Präsidium nicht politisch Stellung zu nehmen. Dann haben sie den Antrag gestellt, das Präsidium abzuwählen; das hätten sie besser bleiben lassen. Es war ein hübscher Spaß, leider nicht mehr.

Dafür hat Gäng auf derDelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Hessen-Süd den Delegierten die Solidarität des SDS in ihrer oppositionellen Arbeit zugesprochen. Er ist ein paar mal von spontanem Beifall unterbrochen worden. Hinterher haben sie gesagt, niemand hätte soviel Beifall bekommen wie Gäng. Im IG-Metall-Haus sollen sie es noch zwei Tage später den Paternoster herunter und hinauf erzählt haben. Die Jungsozialisten (auch in Hessen-Süd) sind eigentlich etwas weiter weg vom SDS als der SHB. - Das ist unser Verhältnis zur SPD: nicht zu einer Partei. Ein politisches Verhältnis haben wir nur zur lebendigen Opposition. Das gilt für unser Verhältnis zum SHB natürlich viel mehr als zu den Jungsozialisten, - aber nur dort, wo der SHB an der politischen Opposition in der BRD wirklich arbeitet.

Reimut Reiche auf der Delegiertenkonferenz des SHB am 9.3.1967 in Bochum: Gestern hatte ich eine Grußadresse für Sie angefertigt; gottseidank bin ich zu spät gekommen, um sie vorzutragen, so daß ich noch die Zeit hatte, zu hören, der Glaube wäre naiv, dass sich jetzt im SHB etwas tue, daß eine Mehrzahl oder doch eine qualifizierte Minderheit von Genossen aus dem SHB stark genug sei, zu demonstrieren, dass sie die letzten Entwicklungen der SPD und die Anpassungen der SHB-Führung darauf nicht zu ertragen gewillt sei. Es hat seit ihrer letzten BDV und dann in den letzten drei Tagen nach der Nachricht über den Parteigeld-Entzug den Anschein gehabt, es drohe dem SHB das gleiche Schicksal wie dem SDS vor 6 Jahren, nämlich die Spaltung oder gar die Auflösung als Reaktion auf eine nicht mehr erträgliche reaktionäre Entwicklung der Partei. Diese Entwicklung hätte mit Notwendigkeit kommen müssen, wenn es im SHB, ähnlich dem SDS vor 6 Jahren, stärkere politsche Kräfte gegeben hätte als die der Anpassung und des Winselns vor der Partei. Das Resultat wäre die Auflösung des SHB gewesen, denn was sollte ein sozialdemokratischer Studentenverband ohne institutionelle Verbindung mit der Partei?

Dafür ist der SHB zu schwach; er ist stets zu schwach dafür gewesen. Im SHB stehen sich heute 3 Fronten gegenüber, oder besser: verstecken sich voreinander, ähnlich wie im SDS vor der Spaltung: eine kleine Gruppe von Leuten - sie wird jetzt immer grösser werden - deren unverbrüchliches Ziel die Karriere in der Partei ist und die darum verspätet aber mit Notwendigkeit Schritt um Schritt den Weg der SPD nachvollziehen müssen (die Rede ihres

Bundesvorsitzenden ist die Inkarnation dieser Notwendigkeit); eine aufrechte Gruppe von Leuten, die den alten Traum noch nicht ausgeträumt haben, man könne die SPD "von links" aufbrechen, demokratisieren und auf einen demokratischen und schliesslich gar sozialistischen Weg zurückbringen (diese Gruppe ist fast so alt wie die SPD selbst; ebenso alt sind ihre Illusionen und Methoden. Rosa Luxemburg hat sie bereits in der "Junius-Broschüre" analysiert). Und die Gruppe schliesslich, die man als kritische oder sogar sozialistische Studenten bezeichnen kann; Studenten, die an ihrem Arbeitsplatz, der Hochschule in der BRD, oder, ausgebildet durch ihr wissenschaftliches Studium, so kritisch werden mussten, dass sie den letzten Schritt der SPD, die Bildung der Grossen Koalition, und das letzte Hurenstückchen dieser Partei, den Kotau vor den Koroporationen, ganz bestimmt nicht mehr ertragen können.

Der SHB ist heute, 1967 in seiner Gesamtheit als politischer Studentenverband fast so "links" oder "sozialistisch" wie der SDS vor der Spaltung. Wenn man bedenkt, dass aber die Partei im Jahr 1967 viel weniger sozialdemokratisch oder gar sozialistisch ist als 1959, muss man eigentlich folgern: es wird eigentlich Zeit, dass sich die SPD von diesem SHB trennt.

Nun, ich habe mir sagen lassen: das wird nicht eintreten. Man sei im SHB willens, der SPD einen linken Studentenverband aufzuzwingen, etc. Was haben wir dazu zu sagen? Nun, was die SPD so macht und braucht, das interessiert uns zunächst nicht mehr und nicht weniger als was ein anderes Großunternehmen so macht und braucht. Wir analysieren es von aussen. Aber was uns darüber hinaus noch interessiert: Was stellt sie mit den Leuten, mit den Genossen an, die ein genuines Interesse daran haben, dass in allen Sektoren der BRD eine politische und soziale Demokratie eingeführt wird? Und da können wir zunächst feststellen, dass sie auf lange Sicht den politischen Charakter dieser links an die SPD gefesselten Prometheus-Figuren auffrisst, dass sie windige Taktierer und linke Schwätzer aus ihnen macht. Das tut uns immer ein bißchen leid für die Leute.

Sie können versichert sein, dass wir kein Interesse daran haben, einen SHB, dessen politische Kraft so schwach ist, wie die augenblickliche, zu spalten oder aufzulösen zu helfen. Ihr habt uns in der letzten Zeit oft genützt, wenn wir Bündnisse an der Hochschule eingegangen sind; uns zu schaden wart ihr stets zu schwach und zu abhängig. Darum haben wir an einem Ende des SHB, selbst an einem SHB, der sich so hübsch weiterentwickelt wie in den letzten Wochen seit der Großen Koalition und der aoBDV, kein politisches Interesse. Ob der SHB den Hochschulen als sozialdemokratische Hülse ohne eigene politische Kraft erhalten bleibt, das ist uns wiederum aber keine existenzielle Frage, kaum eine politische Frage. Eine irgendwie links von der SPD herumgeisternde sozialdemokratische Organisation ohne politsche Perspektive an den Hochschulen, das ist eine Hülse, die an Wert vor den Studenten immer mehr ein-

büssen wird, die so wertlos werden wird, dass man schliesslich die Illusion der sozialdemokratischen Kritik nicht in alle Ewigkeit verlängern sollte.

Die gefährliche politische Entwicklung der SPD, besonders die zuletzt angewendeten "Tricks des Geldentzuges für diese BDV (der dann eine ganze Reihe von linken SHB-Gruppen fernbleiben) und der Jahn-Plan der Gründung von isolierten und politisch nicht legitimationsfähigen "Hochschulgemeinschaften", braucheich hier nicht lange an die Wand zu malen. Die besseren Köpfe unter ihnen - es brauchen noch gar nicht einmal die zu sein, die sich als "SDS"ler im SHB" bezeichnen - haben das längst getan.

Darum nur eines: Was haben wir vom SDS denen zu sagen, die über die letzten Entwicklungen der SPD und der Reaktionen des SHB darauf endgültig so sauer geworden sind, dass sie diesen SHB nicht mehr ertragen wollen: Natürlich bieten wir denen unsere Solidarität an, die jetzt im SDS weiterarbeiten wollen. Aber ein Interesse an einer politischen Fusion von SHB und SDS haben wir nicht. Dazu sind wir zu erfolgreich an den Universitäten und Ihr zu schwach in der Partei. Entschuldigt, dass ich es sowenig diplomatisch und so sehr offen sage. Es ist jetzt die Zeit dafür. Wir werden als zweites diejenigen noch eine Weile voll mitleidiger Sympathie betrachten, die meinen, sie stünden links von der Partei und könnten sie von links aufbrechen. Dazu seid Ihr wirklich zu schwach; um das zu beweisen, hat es der Frankfurter Arbeitsgemeinschaft kaum bedurft. Und selbst der Plan der "linken in der SPD", die Partei von innen links aufzubrechen, ist eine nicht gezogene politische Konsequenz aus dieser Schwäche. Und mit dem dritten Typ dem Kern der Parteiopportunisten im SHB, haben wir nun wirklich so wenig zu schaffen, wie sie mit uns etwas zu tun haben wollen.

Ein gesellschaftlicher Machtfaktor können die Sozialisten auf absehbare Zeit nur an den Universitäten werden; und von dort aus vielleicht über die Konzentrierung der ausserparlamentatischen Opposition. Dies Programm ist langfristig unvereinbar mit der Entwicklung und der Politik der SPD. Wir geben Ihnen keine Ratschläge, wie Sie als SHB diesen Widerspruch lösen können. Unserer Meinung nach können Sie als SHB kaum noch etwas dazu beitragen. Wir können nur denen unter Euch unsere Solidarität ebenfalls versichern, die jetzt im SHB den letzten politischen Kampf um die Erhaltung der demokratischen Linie der Partei führen wollen. Dieser Kampf wird bestimmt mit dem Sieg der SPD über die politische Autonomie des SHB enden. Er kann heute nur zu dem Zweck noch geführt werden, die Politik der SPD vor den Augen einer kritischen studentischen und breiteren Öffentlichkeit bloßzustellen.

VI. Der Prozess gegen den SDS

In der zweiten Instanz wird der Prozess des SDS gegen die Bundesrepublik Deutschland um Anerkennung seiner Förderungswürdigkeit durch den Bundesjugendplan zu einem Prozess der Bundesregierung gegen den SDS. Die Regierung hat ihre politische Reserve aufgegeben; während der gesamten Prozessführung in der ersten Instanz hatte sie vordergründig nur verwaltungsrechtlich argumentiert. Nachstehend einige unkommentierte Kostproben. Der Schriftsatz, aus dem wir zitieren, stützt sich ausschliesslich auf folgende SDS-Dokumente: Rechenschaftsbericht von Dabrowski auf der 21. DK, Vietnam-Bericht der Gruppe München (Schmitz-Bender, - hoch-revolutionär!) und die Beschlüsse der 21.oDK.:

(aus der Berufungsbegründung des Bundesministers für Familie und Jugend im Rechtstreit SDS/BRD vom 6.3.1967):

Auch zur Notstandsgesetzgebung (völlige Ablehnung) und vor allem in der Deutschlandfrage (Normalisierung der Beziehungen zwischen den "beiden deutschen Staaten") ist der Standpunkt des SDS keinesfalls loyal. .....

Heute zeigt dieser Verband ein Verhalten, das hart an die Grenze der Verfassungsfeindlichkeit heranreicht. Erklärtes Ziel der politischen Tätigkeit des SDS ist nämlich die "Transformation der gegenwärtigen, von ihm als kapitalistisch bezeichneten Gesellschaft in der Bundesrepublik in eine sozialistische Gesellschaft. Der Begriff "sozialistisch" ist dabei eindeutig als eine Gesellschaftsordnung auf marxistisch-leninistischer Basis zu verstehen. ....

Es wird angeregt, einen Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln als Sachverständigen zu hören. ....

Eine unmittelbare Steuerung des SDS durch die SBZ ist anhand der vorliegenden Unterlagen nicht feststellbar. .... Der SDS vertritt auch im innenpolitischen Teil seiner Beschlüße (= 21. oDK) die Auffassung der SED. So fordert er erneut die Aufhebung des KP-Verbots. .... Es ist nur selbstverständlich und rundet das Bild ab, daß bezüglich der politischen Häftlinge in der SBZ und der Mauermorde der SED keinerlei Aussage gemacht wird. ....

Aus den Unterlagen ist ersichtlich, daß der SDS in seinen Sozialismusvorstellungen eher dem chnesischen als dem sowjetischen Kommunismus zuneigt. .... Das gilt bis zum Beschluss seiner Sammlung von Mitteln für die Einrichtung einer ambulanten medizinischen Station für das DRK Vietcong. ....

Die sog. Kulturrevolution in China, mit ihrem an Stalins Zeiten erinnernden Terror wird folgendermaßen gerechtfertigt: "die alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Kulturrevolution ist eine Bewegung des Überbaus ....."

Die vorliegenden Unterlagen lassen kaum Zweifel daran aufkom-

men, daß der SDS ein in Theorie und Praxis auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehender Verband ist, der in seiner politischen Linie eher demVorbild Chinas als dem der Sowjetunion zuneigt. ....

VII. PATHOLOGICA

Das theoretische Organ des SDS, die neue kritik, wird zukünftig herausgegeben vom BV des SDS in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG. Mit unserem Rundschreiben Nr. 14, das wir an mehr als 200 Genossen schickten, wollten wir eine politische Diskussion über diese Entscheidung einleiten.

Das ist uns nicht gelungen. Außer der Gruppe Frankfurt, zu deren traditionellen Instituts-Pfründen die Zeitschrift früher gehörte, und die in einem kritischen politischen Beschluss nach ausführlichen zu diesem Punkt geführten Auseinandersetzungen unsere Entscheidung generell guthieß, haben sich schriftlich nur mehr die Gruppen Bonn und Heidelberg geäußert.

Die Bonner unterstützten den Beschluß der Frankfurter, ließen uns dann aber durch ihren Vorsitzenden wissen: " Von der nk bestellt die Gruppe nur 3 Exemplare. Auf Grund des Verlagsprogramms des Verlages Neue Kritik hat sie eine Reihe Bedenken gegen die neue kritik; nun eine Anzahl von Schlagworten: Es werden trotzkistische Tendenzen mit einem Hang zur IV. Internationale verspürt. Einschwörung des SDS auf ASO-Kurs, der das Lenin'sche Organisationsprinzip verrät." Da schau her.

Die Heidelberger haben ihren ersten Beschluss zur nk nach einem Antwortbrief des Bundesvorsitzenden "korrigiert". Nachstehend der gesamte Schriftwechsel:

1) Zum nk-Beschluß des BV (Rundschreiben Nr. 14 vom 2.3.1967) gibt die Gruppe Heidelberg folgende Stellungnahme:

   1. Der Fusionsbeschluss des BV ist eindeutig p o l i t i s c h mit der zu erwartenden "Formierung einer Oppositionsbewegung" motiviert: Die nk soll nicht mehr einen "nk-müden Verband" nachgeschleppt werden, sondern als theoretische Fahne der sich formierenden linken Opposition voranflattern. Der SDS soll, aus seiner nk-Lethargie erwacht, seinem entschwundenen Organ nacheilend es einholen.

   2. Den ersten Schritt zu einer Opposition stellt im Umkreis des SDS die in Marburg unter starker Beteiligung von SDS'lern gegründete ASO dar. Die Affinität des Verlages Neue Kritik zu